

Geschenk 6 mal wöchentlich, mit dem Würz. Großteilungen „Die Welt“ und „Für unsere kleinen Freunde“, sowie den Zeitungen „St. Bernhard-Blatt“, „Unterhaltung und Wissen“, „Die Welt der Freizeit“, „Revolutionärer Ratgeber“, „Das gute Buch“, „Filmkunst-Magazin“. Monatlicher Bezugspreis 2 Mtl. einzeln. Festpreisgeb., Bezugsnummer 10 4. Sonnabend- u. Sonntagsnummer 20 4.

Sächsische Zeitung

Weltmäßstelle, Druck u. Verlag: Germany, R.-G., für Betrieb und Druckerei, Blasieck-Dresden, Dresden-E.L., Wallstraße 17, Germany 21028, Postfach 6000 Dresden 10, Germany. Hauptauf: Dresden 10, Germany 61112.

Für christliche Politik und Kultur

Reaktion der Säuerlichen Wallzeitung
Stedden-Hilfslab. L Wallstraße 12, Gewerbe 20711
und 20712

Der Ruf nach der Räumung

In Frankreich . . .

Paris, 21. Juni.

Es sei vom Herzen zu wünschen, und zwar im Interesse Frankreichs, daß dieses unverzüglich den ersten Schritt zur Räumung sue, wenn es ihn noch nicht getan habe. Da der Schritt doch getan werden müsse, möge Frankreich die Eleganz besitzen, ihn von sich aus zu tun. Es würde so die ganze Ehre und den ganzen Gewinn dieses Vorgehens für sich in Anspruch nehmen können. Wenn die französischen Minister dieses Einsehen besäßen, würden die Verhandlungen unter den Regierungen sich kaum in die Länge ziehen. Beim jetzigen Stande der Dinge die Räumung zu verschieben, oder zu versuchen, ihr aus dem Wege zu gehen, wäre weder loyal, ja nicht einmal ehrlich.

"Tempo" schreibt in Beprechung der gestrigen Unter-
redung des Reichsbauernministers Dr. Stresemann mit Poincaré
und Vialard, man sehe am Vorabend wichtiger Verhandlungen.
Die Lage sei sehr klar. Die in Genf im Dezember v. J. angenom-
mene Entschließung gebe keinerlei Aweitentwickelten Raum. Diese
Entschließung bezöge sich auf drei Punkte, nämlich die vorzeitige
Rheinlandeabtümung, die endgültige vollständige Regelung der Re-
parationstrage und die Schaffung eines Friedens- und Aus-
gleichsabschlusses für die entmilitarisierte Rheinlandzone. Es sei
verabredet worden, daß die Prüfung des ersten genannten Punktes den
beiden anderen nachgeordnet werde. (1) Erst wenn der Sachver-

Händigenplan von den interessierten Regierungen endgültig angenommen sehn werde, werde möglicherweise die Rheinlandräumung aufgeworfen werden können, da Deutschland alle Bedingungen des Vertrages erfüllt haben müsse, um auf die vorzeitige Räumung des Rheinlandes Anspruch zu erheben, und da die vorzeitige Räumung, wenn sie grundsätzlich beschlossen sei, logischerweise von der Schaffung des Feststellung- und Ausgleichsausschusses abhängig gemacht werden könne. Man werde doch angeben, daß das Sicherheitsproblem für den Frieden Europas vom politischen Standpunkt nicht weniger bedeutungsvoll sei, als die finanzielle Regelung. Schließlich weist das Blatt darauf hin, daß die französische Regierung sich schon für den Young-Plan ausgesprochen habe.

... und England

London, 21. Juni.

London, 22. Juni.

Washington, D.C.

Washington, 21. Juni.
In den Verhandlungen zwischen Macdonald und Dawes tritt die Frage der Seeabfistung gegenwärtig von den Erörterungen über den vorgesehenen Besuch des britischen Premiers in Washington zurück. Gut informierte Kreise rechnen mit größter Bestimmtheit mit dem Eintreffen Macdonalds. Staatssekretär Stimson hatte mit dem britischen Botschafter Sir Ernest Howard eine Unterredung betreffend die Londoner Rüden, sie weigerten sich jedoch, dieselben zu kommentieren.

Poincaré zum Young-Plan

Frankreichs Kriegsschulden

Paris, 20. Juni.

Paris, 20. Juni.
Ministerpräsident Poincaré hat gestern in mehrstündigen Ausführungen vor den vereinigten Kammerausschüssen für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten seinen Bericht über das Schuldenregelungsaabkommen mit Amerika zu Ende geführt und sich auch bereits über die Entstehung des Schuldenregelungsaabkommens mit England geäußert. Poincaré hat näheren Aufschluß gegeben über die von den französischen Unterhändlern unternommenen Bemühungen, von der Regierung der Vereinigten Staaten eine Sicherheitsklausel zu erhalten, das heißt, die Möglichkeit für Frankreich, die Schuldenzahlungen einzustellen, falls Deutschland seine Reparationszahlungen ausscheiden sollte. Poincaré wies darauf hin, daß man auf den Widerstand der Vereinigten Staaten gestoßen sei, da diese sich stets geweigert hätten, als integrierenden Bestandteil des Schuldenregelungsaabkommens eine Schutzklausel in irgendeiner Form zuzulassen. Poincaré betonte, daß die Amerikaner bereit seien, der Zahlungsfähigkeit Frankreichs Rechnung zu tragen, so daß man eventuell in dieser Form von der bona fides Amerikas die Garantie erhalten könne, daß keine größeren Forderungen an Frankreich gestellt würden, als es selbst von Deutschland aufzubringen.

Nach Poincarés Darlegungen ist immerhin der amerikanische Gläubigeranspruch um 53 v. H. gegenüber der ursprünglichen Forderung reduziert worden. Bei dieser Gelegenheit gab Poincaré bekannt, daß auch schon die englische Regierung ihre Absicht angekündigt habe, eine gleich hohe Bezahlung zu fordern. Folglich würden nicht etwa nur 10 Milliarden Frank (400 Millionen Dollar) am 1. August von Frankreich flüssig gemacht werden müssen, sondern 20 Milliarden, wovon die Hälfte an England gehen würde. — Poincaré hat aber Vorbehalte hinsichtlich dieser englischen Forderung gemacht. Er will sich hierüber eingehender bei näherer Erörterung des Haillan-

Dann kam Poincaré wieder auf die Frage der Verbindung der Kriegsschulden mit den Reparationen zu sprechen. Er legte dar, daß er 1926 bei Übernahme der Regierung keine Rolle gehabt habe, dem französischen Parlament die Ratifizierung der Schuldenregelungsschämmen vorzuschlagen, da er Klarheit über die Bedingungen gewinnen wollte, unter denen eine zwar nicht rechtliche, aber tatsächlich Verbindung zwischen den Schulden und Reparationen hergestellt werden könnte. Die Ereignisse hätten ihm Recht gegeben. Der Plan Young, ausgearbeitet mit Hilfe der ameri-

Sozialisten als Peers

Von unserm Londoner Vertreter

Sybil Thorndike — universal an Gestaltungskraft und leuchtend an Verstand — spielte Major Barbara in Wyndhams Theater. Man beneidete Bernard Shaw um diese Künstlerin, aber man beneidete Sybil Thorndike nicht um das Stück. All ihre Hingabe würde pure Verschwendung sein. Ueberschattet vom Geist der „Fabian Society“, würde auch sie in dem großen Palaver über Armut, Heilsarmee und Kanonensfabrikation nur ein debattierendes Blundwerk sein. Indessen, Sybil Thorndike gehört selbst zu den Mitgliedern der „Fabian Society“, also würde sie zum mindesten bei der Sache sein. Das Palaver würde zum mindesten intim sein. Vielleicht war es besser, hinzugehen und sich nicht zu zieren.

So kam ich zu dem erlebten Vergnügen jenes Theaterabends, an dem ich zusehlt Sidney und Beatrice Webb sah. Sie sahen in der Reihe vor mir, gerade so weit rechts, daß ich drei Stunden lang stotterlos den Widerchein von „Major Barbara“ in ihren Mienen beobachten konnte. Da sahen sie, Weltautoritäten für das Studium der Armut, der Arbeitersbewegung und der Lokalverwaltung, Inbegriff der „Fabian Society“ und Erfinder jenes unblutigen Sozialismus, für den sie außerdem noch den schönen Namen der „unvermeidlichen Allmählichkeit“ erfunden haben. Zwei Siebzigjährige: Sidney mit dem Diogeneshatt von undefinierbarer Farbe und dem Zwicker auf der hängenden Rose, mit all den unverdiensten Attributen, die ihn als den fleischgewordnen Winter des Mißvergnügens erscheinen lassen.— Beatrice in der unzerstörbaren Rassigkeit ihrer hageren Züge und ihrer großen dunklen Augen.

Was ich hier beschreibe, verehrter Leser, ist ein hochsymbolisches Ereignis. Davon werde ich schon deswegen nicht abgehen, weil ich dabei war. Es ist symbolische Literaturgeschichte. Ich gehe nicht so weit wie manche, die Bernard Shaw vorwerfen, nur der Populärisator der Ideen Sidneys und Beatrice Webbs gewesen zu sein. Aber doch ohne die Webbs in Shaws gesammelten Werken vieles anderes wäre und doch „Major Barbara“ darin fehlen würde, darüber läßt sie nicht bestreiten.

Seit jenem Ereignis sind schon ein paar Monate vergangen. Damals hatte Sidney Webb sich gerade „endgültig“ aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen und beschlossen, sich nicht wieder wählen zu lassen. Der undefinierbare Bart hatte, fern dem glattrasierten Unterhaus, wieder Daseinsberechtigung bekommen. Und nun hat er sich's doch anders überlegt, ist Minister für die Dominions im Kabinett MacDonald geworden und wird mit dem nächsten Schub ins Oberhaus befördert werden, um vor den Lords unhörbare Regierungserklärungen in seinen Bart zu murmeln. Es ist noch nicht sicher, wie die Dominions dabei fahren werden. Aber die Karikaturisten werden Sidney Webb auf alle Hölle nicht verschonen, und sie werden nie verschlafen, dem Erfinder des Sozialismus der „unvermeidlichen Allmählichkeit“ das herzähngeschüttete Könlein auszuschenken, das die Peers des Reiches in der Karikatur auszeichnen.

Er ist natürlich nicht der erste Sozialist im Oberhaus, jedenfalls nicht der erste „Fabier“. Nur liegt gerade in Sidney Webb etwas, an dessen Eingang ins Oberhaus man sich ausnahmsweise schwer gewöhnt. Akademisch ist nicht das richtige Wort dafür, der Universitätsmensch, der „Don“, hat seinen vorgegebenen Platz in der englischen Politik. Es ist die trostlose, statistische und mühselige Art von gelehrter Abschottigkeit, die hier nicht so recht in den saftigen und pittoresken Politik Englands aufgehen will. Es hat schon seine Gründe, wenn es uns vorkommt, als säße die Peersrone in verdächtigem Winkel auf Sidney Webbs Gelehrtenstuhl. Englands eigene „unvermeidliche Unmäßlichkeit“ scheint einen Bruch zu erfordern. Braucht man nicht einmal mehr

Und doch mißverstehen wir vielleicht England in diesem Falle. Denn Sidney Webb ist ein einflußreicher Mann und gehört in gewissem Sinne in das Oberhaus. Seine Gedanken führen ein anonymes Eigendasein in der politischen Luft dieses alten Landes mit seinen diskreten Methoden der Selbsterneuerung. Sie beeinflussen seit langen Jahren den Gang der gesetzgebenden Maschine, ohne daß die Gesetzgeber sich dessen immer bewußt wären, geschweige, daß sie den Urheber in ihren Entwürfen zitierten. Ein englischer Kritiker hat entdekt, daß im Namensregister zu Elle Haleys Geschichte des nach-Gladstone'schen Englands niemand mit so vielen Hinweisen aufgeführt ist wie Sidney Webb. Der französische Historiker, dessen Autorität hier allgemein anerkannt wird, ist nicht weit davon entfernt, ihn

Die heutige Nummer enthält das St. Venno-Blatt,

englische Kritiker fragt sich nachdenklich, ob es nicht am Ende keine Richtigkeit damit hat.

Für die meisten von Sidney Webbs Freunden in der Labour Party mag freilich diese Angelegenheit einfacher liegen. Warum soll Labour nicht ebenso gut seine Peers haben wie die anderen, ebenso viele Peers wie die anderen, mehr Peers. Auch das ist schließlich ein zeitgemäßer Kommentar zu dem Ereignis „Lord Webb“. Offen gestanden, Labour neigt ein wenig dazu, solche Dinge ernster zu nehmen, als sich mit der Grazie einer so jungen Partei verträgt, sicher auch ernster, als MacDonalds Minister für die Dominions sie nimmt. Und deshalb möchte ich diese etwas zu lange Geschichte von Sidney Webbs Kindheit mit der glücklicherweise viel längeren Geschichte von George Lansburys Kindheit beschließen. Sie ist so gefund, George Lansbury, den MacDonalds zu seinem Minister für öffentliche Arbeiten gemacht hat, mußte mit dem ganzen Kabinett nach Schloss Windsor, um dem König die Hand zu schütteln. Als er gerade wieder nach London abschreiten wollte, tippte ihm jemand mit dem Finger auf den Hut: „Hollo, George, wie fühlst du dich in deinem ersten Kindheit?“ — „Trotzum“, sagte George, „ich hatte schon einen bei meiner ersten Kindtaufe auf. Aber das Baby bekam Angst und schrie, bis ich ihm den Kindertag zum Spielen gab. Es hat eine Concertina daraus gemacht.“

F. Landscheidt.

Konkordat und Staatsrat

Ein Regierungskonflikt in Preußen?

Berlin, 20. Juni.

Wie es scheint, bestehen zwischen dem preußischen Staatsrat und der preußischen Regierung erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Art und des Tempos bei der Behandlung des Konkordatentwurfs. Der Staatsrat bereitet einer raschen Erledigung Schwierigkeiten und im besonderen möchte die sogenannte Arbeitsgemeinschaft die Entscheidung solange vertagen, bis die Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen abgeschlossen sind. Demgegenüber wird nun darauf hingewiesen, daß es sich jetzt um Tage handelt, wenn das Konkordat noch im Juni im Landtag zur Verhandlung kommen soll. Der Staatsrat zeigt sich jedoch keine Neigung, die Abstimmung an den Landtag zu beschleunigen.

Zu dieser Sachlage bemerkt selbst das demokratische „Berliner Tageblatt“: Gemäß Artikel 40 der preußischen Verfassung ist der Staatsrat von der Regierung über die schwebenden wichtigen Fragen auf dem laufenden zu halten und ihm steht das Recht zur gesetzlichen Anerkennung zu. In politischen Kreisen weist man darauf hin, daß er dieses Recht selbst in Frage stellt, wenn er, wie es jetzt geschah, durch abschließende späte Anerkennung seiner nächsten Entscheidung eine soziale Erörterung unmöglich macht. Wie immer man auch sozial zu dem Konkordat stehen möge, wird man doch der Meinung sein, daß endgültige Klarheit nur im preußischen Parlament gegeben werden kann und daß sie möglichst rasch geschaffen werden sollte. Es ist also schließlich zu verstehen, wenn der preußische Ministerpräsident auf die Erledigung der Frage im Staatsrat drängt, besonders, da ihm die preußische Verfassung die Berechtigung verleiht, jeweils bei wichtigen Vorgängen den Zusammentreffen des Staatsrats zu verlangen.

Um das Getreidemonopol

Wie wir erfahren, entspricht die Meldung der „Vossischen Zeitung“, der Sachverständigenausschuß zur Vorberatung des Getreideprogramms habe sich grundsätzlich für ein Getreidehandelsmonopol für Roggen und Weizen, das auf ein Jahr beschränkt sein soll, entschieden, nicht den Tatsachen. Die Nachricht ist zum mindesten verfrüht. Reichernährungsminister Dietrich wird heute im Ausschuß sich über die Frage des Getreidemonopols äußern.

Auch die Zentrumsfraktion des Reichstags hat sich gestern mit der Frage beschäftigt. Wenn auch kein Beschluß in der Angelegenheit gefasst wurde, so fälschlich von einer Korrespondenz behauptet wird, so wurden doch lebhafte Debatten gegen den Plan geführt. Man hält im übrigen die Maßnahmen für viel zu kompliziert, um noch während der Sommerverhandlung eine parlamentarische Erledigung erwarten zu dürfen. Da außerdem bekannt ist, daß auch in den Reihen der Deutschen Nationalen und bei der Wirtschaftspartei eine zunehmende Gegnerschaft gegen das Monopol vorhanden ist, kommt seine Annahme durch den Reichstag überhaupt kaum mehr in Frage.

In parlamentarischen Kreisen sieht man mit einiger Spannung dem Bericht Heukamps über die Ergebnisse seiner Sonderung in Schweden entgegen. Gegenüber den Behauptungen, daß das schwedische Parlament bis Ende dieses Jahres vertragt und deshalb eine Änderung des Handelsvertrages mit Schweden gar nicht möglich sei, wird darauf hingewiesen, daß zu einer solchen Änderung zunächst die schwedische Regierung ohne weiteres imstande wäre, wie ja alle Handelsverträge erst nach ihrem Abschluß durch die betreffenden Parlamente ratifiziert werden. Juristisch könnte also eine Änderung des Schwedenvertrages nichts im Wege.

Stresemanns Rückkehr

Paris, 20. Juni.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann verließ in Begleitung des Staatssekretärs v. Schubert am Mittwoch abend 22.35 Uhr Paris, um nach der Reichshauptstadt zurückzufahren. Auf dem Nordbahnhof hatte sich Botschafter v. Hoech und mehrere Herren der Botschaft eingefunden. Von Fenster des Sonderwagens aus unterhielt sich der Minister bis zum Anfahren des Zuges angeregt mit dem deutschen Botschafter. Von deutscher Seite wird bestätigt, daß die Verhandlungen, die Dr. Stresemann mit dem französischen Ministerpräsidenten und Briand hatte, insbesondere der Fortführung der Verhandlungen galten, die sich aus der Zustimmung der beteiligten Regierungen und der Annahme des Sachverständigen-Plans ergeben. Es dürfte auch zutreffen, daß für die Regierungskonferenz, die erste Juli-Hälfte und als Tagungsort eine schweizerische Stadt in Aussicht genommen ist.

Um die Arbeitslosen-Versicherung

Das Zentrum fordert vom Kanzler Einleitung neuer Verhandlungen zwischen den Fraktionen

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages hat heute vormittag an den Reichskanzler Müller folgenden Brief

geschrieben:

„Nachdem die interfraktionellen Verhandlungen über eine sofortige Teileinführung der Arbeitslosenversicherung gescheitert waren, hat das Reichskabinett beschlossen, daß mit Rücksicht auf die gesamtpolitische Lage, die eine Spätsommerverhandlung des Reichstages erfordert, von einer zweimaligen Gesetzesvorlage über die Arbeitslosenversicherung innerhalb so kurzer Zeit abzusehen sei, und daß die endgültige Reform in der Sommerverhandlung zur Verabschiedung gelangt. Der vom Reichsarbeitssuminister einberufene Ausschuß soll bis Ende Juli seine Arbeiten beendet haben, so daß sie die Spätsommerverhandlung der abschließenden Gesetzesvorlage vorliegen werde.“

Im Gegenzug zu dieser Stellungnahme der Reichsregierung hat die Deutsche Volkspartei den Antrag Nr. 1162 eingebracht, der als wesentliche Erweiterung des Sofortprogramms nur die in den interfraktionellen Besprechungen vom Zentrum (Abg. Riesener) gemachten Vorschlag betrifft, dem sich der Vertreter der Bayerischen Volkspartei später anschloß. Die Deutsche Demokratische Partei kündigt nach Pressemeldungen ebenfalls Anträge zu dieser sofortigen Reform der Arbeitslosenversicherung an.

Wir stellen zunächst fest, daß dieses Vorgehen von zwei Regierungsparteien den Abmachungen widerspricht, die der Bildung der jetzigen Reichsregierung zugrunde gelegt sind, nämlich der Verpflichtung, „daß zur Gewährleistung eines reibungslosen Ganges der Reichsgesetzgebungsverträge von grundlegender Bedeutung überhaupt nur in gegenseitigem Vereinbarung geschlossen oder weiter verfolgt werden.“

Die Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei haben in den interfraktionellen Besprechungen keinen Zweck darüber gelassen, daß sie eine Teilreform der Arbeitslosenversicherung noch vor Schluss der jetzigen Sitzungsperiode des Reichstages verlangen. Sie haben alles getan, um eine solche möglich zu machen. Die Verhandlungen haben aber ergeben, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn innerhalb der die Regierung

hügenden Parteien eine Vereinbarung über das erwähnte Sofortprogramm erzielt wird.

Wir beantragen hiermit ergebnis-, unverzüglich eine Vereinbarung der Fraktionsführer unter Zugleich der sozialpolitischen Sachverständigen der Fraktionen einzuberufen mit dem Ziel, den Weg zu einem gemeinsamen Vorgehen der Regierungsparteien in der Arbeitslosenversicherungsfrage noch vor der Sommerpause des Reichstages zu finden. Unsere Fraktionen würden auch bereit sein, notfalls zur Bedeutung dieser Aufgabe über den beschäftigten Schlüherminen hinaus zu tagen.

Wir erlauben uns ergeben, davon Kenntnis zu geben, daß wie das gleichlautende Schreiben dem Herrn Reichsarbeitssuminister übermittelt haben.“

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß der von den Demokraten und der Deutschen Volkspartei eingeschlagene Weg eines selbständigen Vorgehens weder Erfolg verspricht, noch im Hinblick auf die sozialpolitischen Abmachungen überhaupt zulässig ist. Weder das Reichskabinett, das ja bereits einen bedauerlichen Verzicht auf das Sofortprogramm ausgesprochen hat, noch einzelne Parteien dürften gegenwärtig in der Lage sein, von sich aus jene notwendigen Maßnahmen zu erzielen, die im Interesse der Arbeitslosenversicherung und der Reichsfinanzen so bald als irgend möglich wirksam gemacht werden müssen. Die einzige Möglichkeit, dieses Ziel auch heute noch zu erreichen, liegt trotz des Scheiterns der früheren Verhandlungen in einem gemeinsamen Vorgehen der Regierungsparteien. Wir begrüßen daher den Schritt der Reichstagsfraktion des Zentrums und knüpfen an ihn die Erwartung, daß sowohl von der Reichsregierung als auch von den Regierungsparteien die jetzt gebotene leichte Gelegenheit benutzt wird, um neue, gemeinsame Verhandlungen aufzunehmen und diese unter allen Umständen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Wir erwarten nicht mehr, als daß das geschehen wird, was die Lage der Reichsanstalt und die Rücksicht auf die Reichsanstalt von Regierung und Parlament gewissermaßen verlangen.

Der Finanzetat angenommen

Das Haushaltsgesetz genehmigt

Berlin, 20. Juni.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung stand die zweite Beratung der Novellen zum Einkommen-, Vermögens- und Wechselsteuergesetz.

Abg. Dr. Herz (Soz.) bezeichnet die drei Vorlagen als einen Teil des Kompromisses der Regierungsparteien in der Deduktionfrage. Bei der Wechselsteuer handle es sich um eine notwendige Änderung, mit der die große Abwanderung deutscher Wechsel ins Ausland verhindert werden soll. Von einem Geschwind an die Bankenkapitalien sei keine Rede. Zur Vermögenssteuer bleibe der grundlegende Standpunkt der Sozialdemokraten unverändert.

Die Vorlagen werden in der Auschlußfassung in zweiter und dritter Beratung angenommen, dazu eine Auschluß-Entschließung, die verlangt, daß bei der Festsetzung der Durchschnittslöhne der nichtbuchführenden Landwirte und Gewerbetreibenden für die Einkommensteuer auch Verlustbetriebe mit berücksichtigt werden.

Es werden nun die früher zurückschickten Abstimmungen zu den Finanz-Etats vorgenommen.

Der Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung und der Haushalt des Reichsfinanzministeriums werden in der Auschlußfassung angenommen, dazu eine Entschließung der Deutschen Nationalen, daß der durch die Steuerfreiheit der Reichsbahn unhalbar gewordenen finanziellen Notlage der Eisenbahngemeinden schleunigst abgeholt werden möge. Angenommen wird auch die Auschluß-Entschließung auf Prüfung der Frage einer Besteuerung der öffentlichen Betriebe. Angenommen wird weiter eine Entschließung der Bauerngruppen auf Abzugsfähigkeit des Arbeitslohns in landwirtschaftlichen Betrieben mitarbeitenden Familienangehörigen. Die Entschließung fordert außerdem, daß bei der Berechnung der Vermögenssteuer für die Landwirtschaft nur die Hälfte des jetzigen Bewertungswertes angenommen wird.

Eine weitere Entschließung des Zentrums, der BDP, Volkspartei und der Demokraten wird angenommen, in der eine Denkschrift über die Erfahrungen anderer Länder mit der offenen Liegung der Steuererlöse verlangt wird.

Der von den Deutschen Nationalen gegen den Reichsfinanzminister Dr. Hilferding eingebrochene Misstrauensantrag wird gegen die Deutschen Nationalen, Nationalsozialisten, Christlich-Nationalen und Kommunisten abgelehnt.

Verschiedene Anträge und Entschließungen werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Es folgt:

die zweite Beratung des Haushaltsgesetzes für 1929.

Das Haushaltsgesetz enthält die im Hinblick auf die Rohmann-Affäre vom Auschluß neu eingefügte Bestimmung, daß Verträge, die das Reich mit Beträgen über eine Million Mark belasten, nur vom Leiter der zuständigen Behörde oder seinem kundigen Stellvertreter abgeschlossen werden können.

Der Auschluß hat eine ganze Reihe anderer Bestimmungen eingefügt, durch die überplanmäßige Ausgaben verhindert und größere Ersparnisse ermöglicht werden sollen. So sollen die Rechte über die letzten 10 Prozent der für ländliche Ausgaben bewilligten Verträge nur mit vorheriger Zustimmung des Reichsfinanzministers verfügt werden. Damit soll verhindert werden, daß etwaige Ersparnisse bei einzelnen Ausgaben ohne zwingende Grund nur deshalb ausgetragen werden, weil sie nun einmal bewilligt sind.

Abg. Dr. Rödder (Zent.) bezogt sich als eigenartig, daß sich der Reichstaat bisher darauf bekräftigte, den Staat zu

bewilligen, die Kontrolle aber dann der Verwaltung überließ. Die vom Auschluß beschlossenen Änderungen des Haushaltsgesetzes zeigen eine Wandlung zum Besseren. Eine vorherige Forderung sei die soziale Reform der Haushaltssatzung im Sinne einer besseren Kontrolle über die Ausführung des Etats. Für 1929 müssen wir strengste Einhaltung der Etatsanlässe bei allen Etats verlangen. Die Etatsanlässe müssen als Höchstbeträge angegeben werden, sonst würde die in den Streichungen befindliche Sparfamilie politisch zusammenbrechen. Die überplanmäßigen Ausgaben müssen verschwinden. Vorräte dürfen nur dann genehmigt werden, wenn sie mit unbedingter Sicherheit aus späteren Ersparnissen gedeckt werden können.

Noch weiterer Ausdruck, in der noch die Abgeordneten Dr. Bredt (Wirtschaftspartei), Dr. Gremer (D. W.), Bernhard (Dem.) und Frau Anjorin (Soz.) das Wort ergriffen, wurde das Haushaltsgesetz nach den Auschlußvorschlägen angenommen. Die Vorlage zur Ergänzung des Reichswehrhaushaltsgesetzes wurde ohne Debatte dem volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen.

Ein neuer Pariser Finanzhandel

Paris, 21. Juni.

Nach einer Meldung des „Petit Journal“ beschäftigt sich die Staatskansellie in Paris wiederum mit einem Finanzhandel. Es soll sich um die künstliche Hochförderung von Kupfer der in Angeles ansässigen Clara Swanson Mining Company handeln, wodurch Später, besonders in der Umgebung von Paris, um mehrere Dutzend Millionen Franken geschädigt worden sein sollen. Auf Grund von Haussuchungen ist gegen mehrere Direktoren von Finanzinstituten, Maklern und Zwischenhändlern sowie Direktoren von Finanzunternehmen Anklage wegen Betrugs und Beihilfe erhoben worden.

* Brand eines Krankenhauses in Kanton. Einer Meldung aus Kanton folge wurde dort ein Hospital durch Explosion und daraus entstehendem Feuer vollkommen eingeebnet. Es sind 100 Tote zu beklagen, unter denen sich auch die 30 Kranken, die im Hospital untergebracht waren, befinden.

* Die Reparationskommission hat am 11. Juni eine Sitzung abgehalten, und nach Abrogation des englischen Mitglieds des Generalsekretärs des Reichsstaates beschlossen, an Stelle des zurücktretenen Henry Bell zum englischen Mitglied des Transvaalausschusses Charles Wigham zu ernennen.

* Zur Errichtung eines deutschen archäologischen Institutes in Athen beschäftigt die griechische Regierung ein größeres Team zur Vergütung zu stellen.

* Durch giftige Gase, die einer Petroleumaffinerie im Texas (Vereinigte Staaten) entstiegen, wurden zwei Kinder getötet. Sechzehn Personen muften ins Krankenhaus geschafft werden.

* Oberstleutnant v. Terkyanay, der Olympiasieger im Säbelwettkampf, ist Freitag früh in Budapest, seines vor einigen Tagen bei einem Motorradunfall erlittenen Verletzungen erlegen.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarde

Witterungsauflösungen. Teils leichte, teils zeitweise starke Bewölkung, ohne erhebliche Niederschläge. Nach sehr kühlster Nacht, tagsüber im Hochland gemäßigte Temperatur. In den Mittagsstunden gemäßigt warm. Von mittleren Gebirgslagen ob anhaltend kühl, im Hochland schwach bis mäßig, Gebirge, frische Winde aus westlichen Richtungen.

Die leere Staatskasse

Der Landtag nimmt endlich die Erledigung des Staatshaushaltplanes für 1929 in Angriff

Der Zwang zum Sparen

Dresden, 21. Juni.

Der Landtag hat in seiner gestrigen Sitzung, wie bereits berichtet, nochmals erfolglos die Wahl des Ministerpräsidenten vorgenommen. Nach Abschluß der Wahlhandlung wurde die Eventual-Tagesordnung in Angriff genommen. Meinander verbunden wurden die ersten Beratungen über den Entwurf eines Staatshaushaltsgesetzes für 1929, über eine Ergänzung hierzu, über den Rechenschaftsbericht für 1927, über die vom Gesamtministerium nach der Auflösung des vorherigen Landtags erlassenen Notverordnungen sowie die Anträge auf Vorwegverabschaffung einiger dringlicher Beiträge zur Ausführung von Rostbandsarbeiten.

Finanzminister Weber misst in seiner gestrigen Erörterung darauf hin, daß es die Führung eines gesonderten Staatshaushaltsgesetzes erfordere, daß der Staat für 1929 sofort durchsetzen und verabschiedet werden. Gegenüber den Anträgen des dem Hause bereits vorliegenden alten Staates müsse mit einer Windereinnahme von fast zehn Millionen bei den Überweisungssteuern des Reiches gerechnet werden, die durch Einsparungen im Haushaltplan wieder ausgeglichen werden müßten. Bei der letzten Finanzministerbesprechung habe Sachsen mit aller Deutlichkeit auf die schädlichen Auswirkungen der Bedingungen für die Reichsbankleite auf die Geldbeschaffung der Länder und Gemeinden hingewiesen, leider aber beim Reichsfinanzministerium keine Zustimmung gefunden. Würden die Sparvorschläge der Regierung vom Landtag nicht angenommen, so seien für den sächsischen Staat ähnliche Kostenverhältnisse wie im Reiche zu erwarten. Uebrigens sei für 1930 mit weiteren erheblichen Windereinnahmen aus der Reichseincommensteuer zu rechnen. Der Minister betonte, daß ohne Erweiterung der Steuerhoheit für Länder und Gemeinden eine verantwortliche Finanzpolitik in den Ländern einfach nicht mehr zu führen sei. Jede Regierung müsse beim ordentlichen Staat ohne zusätzliche Kreditemittel auszukommen suchen. Der Minister begründete und erläuterte die notwendig gewordenen Streichungen und schloß: So schwer auch die Glaubwürdigkeit öffentlicher und Wirtschaft befreien werden, so besteht doch die Hoffnung, daß die getroffenen Maßnahmen von allen beteiligten Kreisen als ein Beweis verantwortlicher Finanzpolitik in Sachsen verstanden und gewürdigt werden.

Abg. Edel (Soz.) trat den vorgeschlagenen Staatsrechnungen namens seiner Partei auf das sächsische Entgegen. — Abg. Dr. Blücher (D. Pv.) bezog die sächsischen Glaubwürdigkeiten als Folgen der Finanzpolitik des Reiches, in dessen Regierung die Sozialdemokraten die führenden Posten inne hielten. Im großen und ganzen werde seine Partei dem Staat zustimmen. Nicht unerfreulich stehen die erfassten Notverordnungen. Die Redner beantragte die Überweisung der Vorlagen an die zuständigen Ausschüsse.

Nachdem Abg. Renner (Kommu.) den Sozialdemokraten unerlässliche Kampfsfeuer vorgeworfen hatte, da sie ausgesprochenermaßen für die Große Koalition einztraten, unterbrach Vizepräsident Dr. Erdmann die Erörterung mit der Mitteilung, daß er vorschlage, die nächste Vollversammlung erst am 2. Juli abzuhalten, um die Ministerpräsidentenwahl vorzubereiten. Dem widersprachen die Abg. Renner (Kommu.) und Rauch (Soz.), welche die nächste Sitzung schon auf den 25. Juni anberaumt hatten. Es kam zur Abstimmung über diese Frage, deren Ergebnis mit großer Spannung erwartet wurde. Da die Nationalsozialisten diesmal mit den Linken stimmten, entschied das Haus mit 48 gegen 43 Stimmen, daß die nächste Sitzung am 25. Juni fortzuführen habe mit der abormaligen Wahl des Ministerpräsidenten als erster Punkt der Tagesordnung. Auch der weitere Antrag, daß im Falle einer erfolgreichen Ministerpräsidentenwahl die Staatsberatung am Dienstag fortgesetzt werden sollte, fand mit dem gleichen Stimmeverhältnis Annahme.

In Fortführung der Glaubwürdigkeit erklärte Abg. Siegert (Dnat.) unter gewissen Vorbehalten die grundsätzliche Zustimmung der Deutschen Nationalen zum Staat mit den notwendigen Abstimmungen sowie zu den Notverordnungen. — Abg. Dr. Dehne (Dem.): Man müsse nicht nur im großen, sondern auch im kleinen zu sparen suchen; das sei z. B. bei Reichsleichen, Abordnungen und dergleichen wohl möglich. — Abg. Dr. Wilhelm (Wirtschaft.): verständigte mit Wärme den neuen Sparhaushalt des Finanzministers; neue Steuern seien jedenfalls nicht mehr tragbar. — Abg. Schreiber (Landvolk)

wandte sich scharf gegen den Abg. Edel und die Sozialdemokratie. — Abg. Busch (NSDAP.) betonte, daß der Staat mit großer Gewissenshaftigkeit aufgestellt worden sei; die Rot werde anzunehmen zu seiner Annahme führen. Nachdem noch Abg. Dobbert (Soz.) sich scharf gegen den Staat ausgesprochen habe, wobei er den Finanzminister heftig angriff, erwiderte Finanzminister Weber, von dem Linken wiederholte unterbrochen, daß bei der allgemeinen Notlage auch die Gemeinden die Konsequenzen ziehen müßten. An der Tatsache, daß das Geld nicht mehr da sei, könnten alle Reden nichts ändern. Der eiserne Zwang werde die Abstriche durchsetzen. Wer die Dinge kenne, müsse die ganze Staatsausprache höchst unerträglich finden. — Abg. Dr. Wallner (Völkerbund) beschloß sich schließlich darüber, daß man sechs Wochen nach den Wahlen mit der Regierungsbildung noch nicht weiter sei. Hierauf wurde die Aussprache geschlossen.

Sämtliche Vorlagen und Anträge wurden an die entsprechenden Ausschüsse überwiesen. Nächste Sitzung am 25. Juni 1 Uhr.

Zur Regierungsfrage

Dr. Böhler wird offiziell zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen.

Dresden, 21. Juni.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei teilt mit, daß sie für die nächsten interfraktionellen Besprechungen, die am kommenden Montag stattfinden, Staatsminister Dr. Böhler als Ministerpräsident in Vorschlag bringen werde.

In parlamentarischen Kreisen verlautet zur Frage der Regierungsbildung, daß die Schwierigkeiten in erster Linie darin liegen, daß von den Deutschen Nationalen das Ministerium des Innern gefordert wird. Neuerlich tritt auch die Landvolkspartei mit dem Anspruch auf einen

Ministerisch hervor. Dadurch ergibt sich natürlich eine wesentliche Komplikation der Verhältnisse. Von den Demokraten, deren Beteiligung an der Koalitionsregierung überhaupt noch nicht feststeht, wird dogmatisch an ein Aufheben des Innenministeriums nicht gedacht.

Arbeit für den Landtag

Dresden, 21. Juni.

Die SPÖ hat im Landtag verschiedene Anträge eingebracht, deren erster die Ausübung der bekannten Stimmeabstimmung verordnete. In einem zweiten Antrag werden Staatsbeamten an schwangeres Arbeitnehmer verlangt. Der dritte Antrag erachtet die Regierung Verhandlungen mit dem Reich einzulegen, damit der Gutsbezirk Zeithain-Lager mit einer benachbarten Gemeinde vereinigt werde und die dortigen Bewohner Wahlrecht für die Gemeindewahlen im November erhalten. Ein weiterer Antrag verlangt ein zeitgemäßes Wegebaugesetz. Eine Anfrage wünscht Auskunft über verschiedene Steuerfragen und ein leichter Antrag besaß sich mit den hauptamtlich tätigen Fürsorgeangelegenheiten.

Unter Hinweis auf die jüngsten Eisenbahnunfälle bei Lauscha und Leichenbach hat die Deutsche Volkspartei im Landtag den Antrag eingebracht, auf die Reichseisenbahndirektion in dem Sinne einzuwirken, daß die Bahnanlagen im Bezirk Dresden so ausgestaltet werden, daß sie den gesteigerten Anforderungen des Verkehrs vollständig entsprechen. — Weiter wird die Regierung in einem Antrag aufgefordert, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Bestimmungen des Wanderlagersteuergesetzes zeitgemäß abgeändert werden. Endlich hat die Deutsche Volkspartei einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Grundsteuergesetzes eingebracht. — In einer Anfrage der SPÖ wird auf die durch den anhaltenden Frost entstandenen Häuserschäden hingewiesen, deren Reparatur aus der gesetzlichen Miete nicht immer bestreiten werden können. Die Regierung wird um Auskunft gebeten, wie die die Ausführung der notwendigsten Reparaturen ermöglichen und erleichtern wolle.

Wiens Kampf um den Glauben

Die Absallbewegung hat neue Kräfte der Wiedergeburt erweckt

Der Wiener Katholikenstag

(Von unserem Vertreter)

Sche, Wien, Mitte Junt.

Es hat seinen guten Grund, vom einem Wiener Katholikenstag nach auswärtis zu berichten; seine Bedeutung greift weit über den lokalen Bereich hinaus. Seit die Sozialdemokratische Partei, um die Person Seipels zu treffen, trotz ihres täuschenden Grundsatzes „Religion sei Privatsache“, die Tatsache, daß der erste Staatsmann Österreichs auch ein führendes kirchliches Amt bekleidet, zu den schärfsten politischen Waffe geschmiedet hat, ist hier eine Absallbewegung im Gange, die es nun glücklich so weit gebracht hat, daß bereits jedes zwanzigste Kind in Wien als konfessionslos in den Listen steht. Wien ist, wie der Abgeordnete Kunisch also an diesem Katholikenstag sagen konnte, ein richtiges Missionsland geworden. Mit Kampsbedingungen, die kaum irgendwo ihresgleichen haben. Das soll nicht allein als Gefahr gemeldet werden. Auch auf religiösem Gebiet ist von den Wiener Verhältnissen vielleicht dasselbe wie von der Politik zu sagen: bei so dunklen Schatten wird es nicht allzu lange auch an einem ganz besonderen neuen Licht fehlen.

Die politische Hochspannung in Österreich und ihr radikales Zweipartiensystem hat nicht ausschließlich Nachteile gehabt. Denn eben durch sie wird Österreich ja einmal auch viel früher als manche andere Staaten Mitteleuropas zu neuen politischen Lösungen und Formen gezwungen sein. Ebenso hat die Sonderstellung des österreichischen Katholizismus gegenüber der radikalen Sozialdemokratie des Landes und namentlich gegenüber der marxistischen Verwaltung der Stadt Wien für die „Katho-

lische Aktion“ auch die gute Bedeutung, daß in so großer Beleuchtung unverhüllten Kulturmärkte die Konturen dessen, was für die Zukunft notwendig ist, mit einer anderwohl vergeblich er strebten Deutlichkeit hervortreten. Zehntausende sind in Wien abgefallen, gewiß. Aber dafür haben sich die Wiener Katholiken auch eine Arbeitsmethode zugeschlagen und Energien gesammelt, die sonst in Mitteleuropa noch lange nicht so reif und mächtig sind. Die Soziologen schon des nächsten Jahrzehnts werden vielleicht, wenn sie Aktion und Reaktion dieses Kulturmärktes gegeneinander abwiegen, neben dem Schaden des Absalls recht klar den Vorteil der neu erwachten Kräfte erkennen können. Und es weist, ob man dann die Schärfe der religiösen Krise, die Wien heute erlebt, nicht als eine der wichtigsten Entwicklungskräfte im geistigen Leben der Stadt erkennen kann. Könnte nicht nur aus solcher Härte der Not solche Wiedergeburt kommen? Wien war als Residenz der größten katholischen Dynastie Europas so sehr in Tradition gehüllt, so sehr in Sicherheit gewiegt, daß wohl überhaupt nur der schrankenlose Freudensturm des letzten Jahrzehnts die Katholiken energisch machen konnte.

Nichts Geringeres als der Alarmruf: „Hunderttausend Konfessionslose!“ konnte der äußerlich ja rein katholischen Stadt Wien in Erinnerung rufen, daß sie jetzt noch einmal neu um diesen Katholizismus kämpfen müsse. Man kämpft bereits mit einem ansehnlichen Heer; das Programm der katholischen Aktion in Wien sieht zur Zeit nicht weniger als hundert neue Kirchen bauen und Seelsorge-Konstitutionen vor. Die Nienpforten von 30- und 40 000 Seelen, in denen der Begriff der katholischen Gemeinde zu einer bloßen Formalität ersteren mußte, sollen durch Hunderte junger, von Missiongeist durchdrungener Seelsorger neu durchgedeutet werden. Das Ziel

Österr. Fahrt

Von Tilsit bis Zoppot

II.

Jenseits des Tiefe die Kurische Nehrung mit ihren landschaftlichen Seltsamkeiten. Eigen berührt die fremdartige Schönheit der riesigen Wunderdünen, die in ständig wechselnden Formen sich jährlich um 5 bis 7 Meter ostwärts bewegen. Auch hier war einst fester Boden, bevor die Russen im Siebenjährigen Kriege die Waldungen niederknieten. Dort, wo noch alter Wald stand die Dünen krönen und wo es gelungen ist, durch Neuansiedlungen das Land zu festigen, schmiegen sich kleine Kurorte ins Tannendunkel der Haßküste und kurische Fjordhöfen lagern sich malerisch ans herzeitige Gestade. Seltsamkeiten der Pflanzenwelt, und die vielseitige Vogelwelt Nordeuropas überträgt die Nehrung und als letztes lebendes Überbleibsel aus einer urzeitlich unberührten Vergangenheit — den Elch.

Wir suchten ihn auf im großen Elchrevier der Ibenhorster Forst, in der Memeliederung, nach herrlicher Fahrt den mächtigen Ruhstrom aufwärts. Kein Kahn, kein Floß belebt den Hauptarm der Memelmündung, der heute Deutschlands Grenze bildet.

Dunstig-warmer Duft liegt drückend über dem feuchten, von Gräben und Kanälen durchzogenen Fjordengelände des Erlenbruch-Geländes. Leise geht es auf weichem Pfad zur Jäger-Kanzel. Ein langes Ausharren wird endlich belohnt. Drüben bricht ein mächtiges braunes Tier aus dem Erlenbüsch, vor dem grünen Hintergrund hebt es sich in seinen Umrissen ab wie ein Pferd. In hüpfendem Lauf springt der Elch über die Lichtung. Er hat die Menschen gewittert und verschwindet rasch wieder im schützenden Fjorddurchbruch...

Tilsit, die Stadt an der Memelbrücke. Unterwegs die ersten Spuren des ehemaligen Kriegsgebietes — Russengräber.

Besonders eindrucksvoll ein nächtlicher Rundblick von der Brücke, die nur noch zur Hälfte deutsch ist. Wie zarte Gewebe heben sich die hochgewölbten Eisenbögen gegen den nachtblauen Himmel ab. Drüben die vom Mondlicht verklärte vornehme Silhouette der Stadt mit dem auf Kugeln ruhenden Turmhelm. Ein kleiner Floß gleitet ostwärts. Es kommt aus den Wäldern dieseshalb der polnischen Grenze, ist hier eine Absallbewegung im Gange, die es nun glücklich so weit gebracht hat, daß bereits jedes zwanzigste Kind in Wien als konfessionslos in den Listen steht. Wien ist, wie der Abgeordnete Kunisch also an diesem Katholikenstag sagen konnte, ein richtiges Missionsland geworden. Mit Kampsbedingungen, die kaum irgendwo ihresgleichen haben. Das soll nicht allein als Gefahr gemeldet werden. Auch auf religiösem Gebiet ist von den Wiener Verhältnissen vielleicht dasselbe wie von der Politik zu sagen: bei so dunklen Schatten wird es nicht allzu lange auch an einem ganz besonderen neuen Licht fehlen.

Sehr vorteilhaft präsentiert sich Allenstein, die „Gartenzstadt des Ostens“, im südlichen Teil des katholischen Ermlandes, schon äußerlich gekennzeichnet durch ihr schmuckes, frisches Aussehen als ein wichtiger Mittelpunkt des Landes, als lebendiger Ausdruck einer trotz allem ungebrochenen deutschen Lebenskraft im Osten. Harmonisch verbinden sich in dem schönen Stadtbild historische Vergangenheit und moderne Gegenwart. Statliche neuzeitliche Bauten überragt das alte Ordenschloss mit seinen prachtvollen, sterngewölbten Räumen, in dem auch Nikolaus Kopernikus einst als Kapitel-Stallhalter amtierte. Daneben bestimmt die Stadtsilhouette der mächtige Turm der altenwürdigen Jakobikirche. Der zum Dank für die dem Deutschen in schwerster Zeit gehaltene Treue mit Unterstützung von Reich und Staat errichtete „Treubau“, das hattliche Heim des jungen Landestheaters Südostpreußens, und das Denkmal in den herlichen Parkanlagen bei Neu-Jakobsburg erinnern an die Zeit des Abschließungskampfes. „Am 11. Juli 1920 stimmten 363 200 für Deutschland, 7980 für Polen! Wir bleiben deutsch!“ lautet die schlichte Denkmalsinschrift....

Harmonisch fügt sich auch die Stadt in die landschaftliche Umgebung, in deren traumhafte Schönheit die Anlagen Altensteins gleichsam unverkennbar hineinleiten. Ausgedehnte Wälder, in unberührter Schönheit lachende Seen bestimmen das Landschaftsbild und laden zu Wandertouren und Paddelfahrten. Auch das nahe Hoheisen mit dem Tannenberg-Nationaldenkmal ist ein beliebtes Ausflugsziel. Leicht zu erreichen ist auch die landschaftlich reizvolle Gegend Ostpreußens, die majestätische Seenplatte,

Einen Vorgeschmack von ihrer Schönheit gab uns eine Dampferfahrt über die oberländischen Seen und Kanäle, die noch als weiteren Anziehungspunkt das technische Kuriösum der „gelebten Seen“ aufzuweisen haben. Überausreichend abwechslungsreich ist die Fahrt. Bald gleitet das Schiff über eine weite, mit bewaldeten Inseln durchsetzte Seefläche. Den Laubwald am Ufer durchbrechen farbige grüne Weidesträucher mit grasenden Herden. Bald vereint sich die Fahrbahn zu einem kleinen Kanal, über dem der Buchenwald eine dicke Tunneldecke wölbt, durch deren grüne Dämmerungsschatten nur ab und zu der Sonnenchein tanzende Lichter aufs bewegte Wasser wirkt. Bald durchschneiden wir ein sumpfiges Schlüßgelände, über das in laulosem Flug die Weihen freit, während sich am Ufer Schilf und Schachtelhalm rhythmisch im Spiel der Wellen wiegen.

Plötzlich ein großes Rad mittan über dem Kanal. Das Dampfer wird in dem auf Schienen fahrenden Dock festgemacht. Das große Wasserrad am seitlichen Absluftkanal beginnt sich zu drehen und die Stahlketten ziehen den Schiffswagen über die geneigte Ebene. Ein Höhenunterschied von 20 Metern wird so in verhältnismäßig kurzer Zeit überwunden.

Freilich ist diese Anlage, in der Zeit ihrer Errbauung, in den über Jahren, als technisches Wunderwerk bestaunt, heute längst veraltet. Man fordert einen modernen Ausbau des Kanals und seine Weiterführung bis Allenstein, um auch dieses

Der hundert neuen Kirchen scheint nicht mehr utopisch; denn schon sind nicht nur Zehntausende, sondern hunderttausende in der katholischen Aktion gesammelt. Das Wiener Kirchenblatt hat seit Jahren weit über hunderttausend Abonnenten, der katholische Schulverein schreibt alle Jahre ein paar tausend Mitglieder mehr in seine Liste, und eine neue Freigrußgründung: "Das kleine Wochenblatt", konnte es innerhalb weniger Wochen zu einer Auflage von über 80 000 bringen. Rechnet man hinzu, was gerade seit 1918 auf der Universität, in der Jugendbewegung, an den Mittelschulen erreicht wird, bedeutet man, daß eben jetzt eine "Katholisch-soziale Woche" in Wien — über die noch gesondert zu berichten sein wird — sich offen dem Marxismus stellt, um von der bloßen Abwehr zum Angriff überzugehen, und nicht nur gegen die Religionsfeindschaft, sondern auch gegen die falschen Gesellschaftsideen des Marxismus aus heiligem Gedankengut zu kämpfen, so erkennt man auch hinter allem Abschluss der Aufstandsbewegung, die in der Tat jede Erwartung übertroffen hat, bereits das Reisland, das nun auch seinerseits alle üblichen Vorstellungen von den organisatorischen Energien der katholischen Bewegung übersteigt.

Diese Tatsachen waren der besondere Hintergrund des Katholikentages 1929, der namentlich in der Festversammlung auf dem Wiener Heldenplatz wieder ein imposantes äußeres Bild bot. Noch mehr als die gute äußere Stimmung nötigte aber diesmal Statistik und Organisationsbericht zum Vertreten. Daß der Bundeskanzler Stresemann namens der Regierung das feierliche Gelöbnis ablegte, Österreich werde alles daran setzen, ein katholisches Land zu sein und zu bleiben, daß der Landeshauptmann von Niederösterreich von der klaren Erkenntnis der österreichischen Landesförderung sprach, der Kampf in der Großstadt erforderlich eben besondere neue Mittel, für die man auch in den Landen länderechenschaftliche Hilfe bereitstellen wolle, daß der diesmalige Präsident des Katholikentages der Chefredakteur der Reichspost Dr. Friedrich Hund war, daß man also den Wert der Grundlagen: politischen Einfluß und Macht der Presse in ihrer Bedeutung ebenso erkannte, wie die letztere Notwendigkeit, neue Gedanken in gleichzeitigen ernsten Beratungen — der Seelsorgevereine, des Schulvereins, der katholisch-sozialen Woche — als die geistigen Grundlagen des öffentlich-politischen Kampfes zu gewinnen, das ließ ja viel Willen und Plan im Innern der großen Gefahr erkennen, daß es nicht mehr so lange dauern kann, bis die Sozialisten in ihrer Abschöpfung eine Waffe erkennen, deren Schärfe sie vor allem selbst bedauern sollten. Denn wie lange noch, und sie wird sich gegen sie selber schwingen? Die zahllosen falschen Geister verneinenden Materialismus, die sie gerufen haben, sangen an, eine wahrhaft unerwartete Wirkung zu üben: sie rufen den wirklichen Geist des österreichischen Volkes wach... .

Dresden und Umgebung

Sommersang

mit gewitterartigen Säudungen.

Dresden. 21. Juni. Heute um 23 Uhr erreicht die Sonne den nördlichsten Punkt ihrer scheinbaren Jahresbahn, den Wendekreis des Krebses. Der längste Tag ist gekommen, und der kalendariische Sommer beginnt. Diesmal nicht wie vor Jahrstritt in einer Zeit, die kaum den Namen des Frühlings verdiente, die trübe, regnerisch und fröstelnd kühl war, sondern nach einem wirklichen Frühling mit Sonne und geistiger Wärme.

Das erfreuliche Witterungsbild der gegenwärtigen warmen Jahreszeit bildet nach mehreren Jahren mit teils kühltem, teils regnerischem, teils ausgeprägtem trockenem Frühling und Sommer eine um so angenehmere Erscheinung, als man nach dem außerordentlich strengen Winter gar nicht darauf hoffen kann. Spricht doch auf Gründ der Erfahrung von zwei Jahrhunderten die allergrößte Wahrscheinlichkeit dafür, daß ein Sommer um so kühler wird, je kälter der vorangegangene Winter gewesen ist. Im Volksmund ist zwar die gegenteilige Ansicht verbreitet, aber sie ist erwißneterweise falsch und beruht augenscheinlich auf einer Verweichung mit der tatsächlich zu folgenden Erscheinung, daß auf warme Sommer gern kalte Winter folgen.

Im Wasserwege an den Hafen von Elbing anzuschließen. Es ist nur zu hoffen und zu wünschen, daß die Schönheit der Gegend durch die Ausführung dieses Projektes nicht allzusehr beeinträchtigt wird.

Und dann das zerstörte Westpreußen! In vier Teile hat man es in Versailles zerlegt, hat rücksichtslos die wichtigsten Lebensader des Landes durchschnitten. Der kleine Rest, der westlich der Weichsel bei Deutschland verblieb, ist heute an Ostpreußen angegliedert. Es ist deutscher Kulturboden, der einzige Mittelpunkt des deutschen Ordenslandes. Da ist Marienburg, die alte Ordenshauptstadt mit der gewaltigen Burg, dem mächtigsten deutschen Profanbau aus dem Mittelalter und Mariawerder, dessen wuchtiger Dom mit dem vorgelagerten Kapitelschloß sich majestätisch über der Weichselniederung erhebt.

Hier, am verteilten Weichselstrom, treten die Schären und der wirtschaftliche Widerstand der unnatürlichen Grenzziehung im Osten besonders fasshäftig in Erscheinung. Entgegen jeder wissenschaftlichen Praxis und selbst im Gegensatz zu den Verhandlungen des Friedensvertrages wurde die Grenze von der Hochstaatenkonferenz nicht in der Mitte des Flughafens, sondern auf dem rechten Weichsel festgelegt. Der Hafen von Kurzebrück am rechten Ufer, der Ostpreußen einen Zugang zur Weichsel sichern sollte, fiel damit an Polen. Er liegt heute still und verlassen. Und wie der deutsche Zugang beschaffen ist, das zeigt der an der Hafenuferstraße angebrachte Schlagbaum und die polnische Inschrift, die besagt, daß jeder, der den Hafen benutzen will, einen Passweis der polnischen Wasserbaubehörden in Danzig benötigt. Und Danzig ist über 40 Kilometer entfernt.

Strudelnd wälzt die Weichsel ihre schwungig-grauen Wasser nordwärts. Der verwahrloste Eindruck der Buhnen zeigt, daß Polen kein allzugutes Interesse an der Zustandshaltung des

Der Dresdner Haushaltplan verabschiedet

Keine Erhöhung der Feuerwehr- und Bierssteuer

Dresden, 21. Juni.

Die Stadtverordneten haben in ihrer gestrigen Sitzung den Haushaltplan für 1929 verabschiedet. Vorher stand eine Reihe von Beratungsgegenständen meist ohne Aussprache Erledigung. So wurde eine Vorlage über die Arbeitsbeschaffung für Wohlhaberwerkslose gemäß den Vorschlägen des Wohlfahrtsgerichtes angenommen. Ebenso sollen die Sondermaßnahmen für die über 52 Wochen Erwerbslosen fortgeführt werden. Zum Ausbau des Rüppelheimer des Vereins-Straßenhilfe wurde beschlossen, daß die Stadt den Schuldenhafter für diesen Ausbau in Höhe von 10 Prozent des gesamten Aufwandes übernimmt. Der Ausbau der städtischen Radfahrwege nach dem vom Stadtbauamt vorgelegten Plane wurde genehmigt; insbesondere wurde beschlossen, die sogenannte Ost-West-Verbindung noch im Jahre 1929 auszubauen. In die Marchhallen Antonsplatz und Neustadt sollen Heizungsanlagen eingebaut werden, dafür würden 50 000 RM. benötigt. Der Erweiterungsbau der Neustädter höheren Mädchenschule soll durchgeführt werden, aber zunächst ohne die ursprünglich vorgeschriebene Turn- und Gymnastikhalle.

Von dem Schulbauprogramm des Rates wurde ausstimmung genommen. Darüber hinaus wurde beschlossen, noch folgende Bauten in dem Bauprogramm vorzusehen: Eine Zentralsschule in Mockritz-Kaith, an Stelle des Ausbaues der 70. und 71. Volksschule, eine Zentralsschule in Niederschönau und Oberroßbach. Statt des Erweiterungsbau für die 73. und 74. Volksschule, Verner Neubauten für die Hilfsschule Dresden-Mitte, für die Mädchenwerk- und Handelschule, für eine neue Volksschule in Lehnitz-Reußen und eine Volksschule in Tiefen-Mücken, ferner Verlegung der Annenschule an die Peripherie der Stadt. Erweiterungsbauten sollen vorgenommen werden für die 7. und 14., für die 17. und 47., für die 11. die 41., die 68., 75. und 76. Volksschule, ferner für die Hilfsschule Dresden-Neustadt, für das Weitiner Gymnasium und die Kreuzschule. Verner wird gefordert, daß über Turnhallen-Reu- und Erweiterungsbauten eine besondere Vorlage ausgearbeitet und für den Einbau von Braufabriken in staatlichen Volksschulen Sorge getroffen werde.

Die Einzelberatung des Haushaltplanes wurde dann fortgesetzt. Zum Konto Schulen batte der Finanzausschuß beantragt, den Beitrag für die Volkshochschule von

52 000 RM. auf 65 000 RM. zu erhöhen. Für die Mary-Wigmen-Tanzschule 5000 RM. einzustellen und den Beitrag zur Förderung begehrter Schüler von 100 000 RM. auf 250 000 RM. zu erhöhen. Diese Vorschläge wurden von den Sprechern der Haushaltsersteller und den Deutschen Nationalen sehr kritisiert. Nach den üblichen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, wurde die Erhöhung der Beiträge für die Volkshochschule bewilligt, der Beitrag für die Mary-Wigmen-Schule aber abgelehnt.

Eine lebhafte Aussprache entspann sich über das Konto Wohlhaberwerksfrage. Der Ausschuß beantragte hier Erhöhungen und Beihilfen zu Berufsbildung und Geschäftsbildung, deutsch-englische Mittelstandsbeihilfe und Stipendien. Von kommunistischer Seite wurden noch weitere Bewilligungen vorgeschlagen. Von sozialdemokratischer Seite wurde eine Kritik von Anstalten der privaten Wohlhaberwerksfrage heftig kritisiert, weil in ihnen eine betont christliche Erziehung gepflegt werde. Dieser Kritik trat der deutsch-nationale Redner entgegen. Es sei der Wille vieler Eltern, ihren Kindern eine Erziehung im christlichen Gedanken zu erhalten, das bemerkte auch der Ausschuß der Elternvertretungen. Diese Ausführungen wurden von Sozialdemokraten und Kommunisten sehr lobend unterbrochen. Schließlich wurde das Gutachten angenommen, an vielen Stellen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten.

Zum Konto Feuerwehr wurde noch längerer Aussprache ein Minderheitsquorum, das die Auflösung sämtlicher freiwilliger Feuerwehren forderte, abgelehnt. Ebenso wurde die Erhöhung der Feuerwehrsteuer abgelehnt. — Die Konten Vanveschauer, Verkehrsamt und Steuern wurden angenommen. Der Erhöhung der Beihilfe für das Philharmonische Orchester von 45 000 auf 80 000 Mark wurde zugestimmt. Die Erhöhung der Bleihilfe auf 7 Prozent wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag der Haushaltsersteller, die Grund- und Gewerbesteuer im Saale auf 100 Prozent zu erhöhen.

Entsprechend dem Vorschlag des Vorstehers wurde dann beschlossen, den Gesamtabschluß des Haushaltplanes entsprechend dem Ergebnis der Einzelabstimmungen zu genehmigen und das Ergebnis des Gesamtab schlusses nach Feststellung der Zahlen in der nächsten Sitzung bekanntzugeben.

12.45 Uhr wurde die öffentliche Sitzung geschlossen, es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Tödlicher Unglücksfall

Dresden, 21. Juni.

Ein schwerer Unfall ereignete sich heute vormittag auf der Bergstraße. Der 21jährige Arbeiter Kurt Schiller aus Hähnichen geriet mit seinem Fahrrad in die Straßenbahnschiene, stürzte um und wurde von einem Autobus überfahren. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus verstarb.

Zwei gefährliche Radendiebinnen vor Gericht

Mutter und Tochter arbeiten gemeinschaftlich.

Dresden, 21. Juni.

Am 19. April fanden zwei seit langer Zeit geführte Radendiebstähle des Handwerks gestoppt werden. Eins ihrer vielen Opfer erkannte die beiden Frauen wieder und verlor sie bei der Festnahme. Auf dem Polizeipräsidium entzündeten sich beide Diebinnen als die 52 Jahre alte Eisenbahncantinewirtin Frieda Anna Röthe geb. Matthes aus Dresden und deren 33jährige Tochter, die Buchdruckerin Martha Susanne Pauline geh. Pichardt geb. Matthes aus Dresden. Beide Helferinnen waren ganz gerissene Diebinnen, die es auf den in den Handläufen der Frauen verdeckten Inhalt der Geldbörsen abgesehen hatten. Verleihbücherei Bühl der inneren Altstadt, Kofschäule, Marktballen, Rauschläufer, Straßenbahnhaltestellen waren das Feld ihrer Tätigkeit. Während Frau Matthes mit ihren Opfern ein Gespräch führte, hörte ein Gothaer verätzliche, nahm die Tochter das Geldstückchen aus deren Handtasche.

Am Mittwoch mührten sich nun die beiden Frauen vor dem Gemeinen Schöffengericht Dresden verantworten. Zusätzlich waren nur 61 Einställe angelegt, deren

Beute zusammen gerechnet weit über 1000 RM. betragen hatte. Während die Angeklagte Matthes ihre Verabschiedung eingehand, verlegte sich die Angeklagte Matthes auf hartnäckiges Zeugen. Sie will von den Sträflingen ihrer Tochter, die im März vorigen Jahres begonnen und erst Mitte April dieses Jahres durch die Zeitnahme endeten, nichts gewußt haben. Erst im weiteren Verlaufe der Verhandlung, nachdem ihr Vorholte getan worden waren, bekannte sie sich wenigstens einige Füll zu zugeben. Das Gericht hielt beide Angeklagten der ihnen zur Last gelegten Bandenbildung für voll überführt und verurteilte sie zu 1½ Jahren Gefängnis und 3 Jahren Obhutentschluß. Frau Matthes, die sich noch auf freiem Fuß befand, wurde am Ende der Verhandlung wegen bestehenden Fuchverbotes ebenfalls ebenjals in Haft genommen.

2 Rückkehr Dresdner Kinder. Die zur Erholung untergebrachten Dresdner Kinder treffen wie folgt ein: aus Schlesien am 24. Juni 1928 Uhr, aus Niedersachsen am 26. Juni 1929 Uhr. Die Angehörigen möchten für Abholung der Kinder zu den genannten Zeiten auf dem Dresden Hauptbahnhof bestehen. Die zurück in dem Heim am Wallstraße Walddörfer Walddörfer untergebrachten Kinder treffen wie folgt auf dem Altenmarkt, Edle Büchsenweg und Görlitzer Straße ein: am 26. Juni Kunden 17.30 Uhr, Mädchen 18.30 Uhr. Die Eltern werden erachtet, ihre Kinder zu diesen Zeiten auf dem Altenmarkt abzuholen.

Die Neue kommt zu spät... In der Nacht zum Donnerstag hat sich in seiner Wohnung in Dresden-Löbtau der 61 Jahre alte Bahnpostfotograf Joncke mit Leuchtgas vergiftet. Er stand bereits seit längerer Zeit im Verdacht, Einschreibebriefe unterschlagen zu haben, die er sich während des Dienstes im Bahnpostbüro aneignete. Am Mittwoch wurde er auf dem Dresdner Hauptbahnhof verhaftet, wo man fünf Einschreibebriefe in seiner Tasche vorfand. Da kein Richter vorliegt, wurde er jedoch nach eingehendem Verhör wieder entlassen. Nun hat er seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht.

Schlüßen verführen. An die Stelle des früheren wettbewerblichen Städteverkehrs ist mehr und mehr der Umschlag von Massengütern getreten, und auch diesen füllt Polen nach und nach über Gütingen zu leiten, das mit französischem Kapital zu einem der größten Ostseehäfen ausgebaut wird.

Rechts gleiten die leider so berühmt gewordenen alten Festungswälle der Weissenplatte vorüber; dann geht es hinaus in die offene Danziger Bucht.

In Zoppot nimmt uns wieder die uns so vertraut gewordene „Hafenstadt Danzig“ an Bord unter den jubelnden Begeisterungsfunktionen der Bevölkerung und den Klängen des Deutschen Nationalen, das eine Kapelle der Danziger Schuhpolizei auf der Landungsbrücke spielt.

Dr. Otto Fechner,

Jahresrückblick. Im Konzerthaus konzertieren am einzigen aufeinanderfolgenden Abenden die Kuban-Jazz-Solisten. Der gelungene Abend gab von dieser russischen Sängergesellschaft ein festliches Bild. Der etwa 25 Sänger starke Chor steht unter der ausgewählten und feinsinnigen Leitung von Leonid Ivanowoff. Auch bei dieser russischen Vocalvereinigung interessiert das Material in starker Weise. Die Planierung bestreiten bestehende Tendenzen, die mit feinfühligen Partien aufzufallen, und modifizieren, tiefsinnig die Körpe, die orgelartig den Chorlangen tragen. Die Mittelstimmen stehen am Klangwirking etwas nach. Die Schulung ist hervorragend, so daß die Führung der einzelnen Stimmen einen drohenden Eindruck erweckt und die dynamischen Schallentwicklungen durch Harmonieerichtung prunken. Vollständig ist auch die Musikalität der einzelnen Sänger. Einem handhaften Piano steht ein machtvoller, ein Orgellang erinnerndes Forte gegenüber. Der Beifall war sehr stark, aber der Beifall leider sehr schwach. Es steht zu erwarten, daß der große künstlerische Erfolg den folgenden Abenden den nötigen Zuspruch finden wird. Als interessantes Seitenstück zu den Donaueschlägen sollte man sich die Bekanntmachung der Kuban-Jazz-Solisten nicht entgehen lassen.

Ein verdienter Stenographenführer

Dresden, 21. Juni.

Am 21. Juni vollendet Regierungsrat a. D. Prof. Ahlert. Dresden sein 70. Lebensjahr. Der Jubilar, der zunächst Oberlehrer an verschiedenen höheren Schulen in Borek und Gösch war, ist einer der bedeutendsten Führer der sächsischen und deutschen Stenographischen Bewegung, in der er auf wissenschaftlichem, praktischem und propagandistischem Gebiete gleich erfolgreich gewesen ist. Mit allen Kräften hat er sich für die Auszüchtung, zunächst für das Gabelsbergerische System und nach Einführung der amtlichen Deutschen Einheitsstanzchrift, an der er in dem dazu eingesetzten Sachverständigenausschuss hervorragend mitgewirkt hat, für die eingezogene Welt über den Kreis der Stenographischen Organisationen steht er in hohem Ansehen. Als 18jähriger Kaufmannsfest gründete er in Zwönitz seinen ersten Stenographenverein und daran schloß sich im Laufe der Jahre eine unzählige Menge weiterer Vereinsgründungen in ganz Deutschland. Die liebvolle Ausmerksamkeit, die er allen Erkenntnissen des Stenographischen Vereinslebens entgegengebracht hat, hat ihm mit Recht den Ehrennamen eines Vaters der sächsischen Stenographie eingebracht. Seit seiner Berufung in das Sächsische Stenographische Landesamt in Dresden im Jahre 1901 ist er die Seele des Sächsischen Stenographenverbandes und ist zum Dank dafür durch Verleihung der silbernen Höhe-Denkmarke und durch Ernennung zum Ehrenvorsitzenden des Sächsischen Stenographenverbandes geehrt worden. Auch im Deutschen Stenographenbund ist Ahlert seit 1895 Vorstandsmitglied. Er hat jerner eine rege öffentliche Tätigkeit entfaltet und auch damit der Sache der Auszüchtung wertvolle Dienste geleistet. Auf Grund seiner hohen praktischen Leistungsfähigkeit, die sich bei der amtlichen Stenographischen Ausnahme der Verhandlungen u. a. im Sächsischen und im Oldenburgischen Landtag und im Landesausschuss für Elsass-Lothringen immer wieder glänzend bewährte, wurde Ahlert auch als Stenograph zu den Waffenstillstandsverhandlungen mit General Foch in Trier und zu den Friedensverhandlungen in Versailles zugezogen.

a. Freiheit der Feuerwehrabteilung. Die im Straßenbeper befindlichen aufgerissenen Teile der Feuerwehr, deren Lage durch die an den Grundstückfronten angebrachten Schilder mit dem Buchstaben F besonders gekennzeichnet ist, sind zur Sicherung der schnellen Auffindung und Ingangnahme bei Feuerbrüche jederzeit freizuhalten. Es ist deshalb verboten, diese Feuerwehrabteilung mit Ausgangsmassen, Pauschalt, Bau- oder Brennmaterial, usw. und dergleichen zu bedecken. Andernfalls werden mit Geldstrafe bis zu 60 RM., nach Beslinden mit Haftstrafe bis zu 14 Tagen geahndet.

Wieder ein Unfall am Bahnübergang

Pirna, 21. Juni.

Donnerstag morgen, kurz vor 7 Uhr, stieß an einem schrankenlosen Bahnübergang der Straße nach Göltzsch u. a. eine Volomotive mit einem Postkraftwagen zusammen. Da der Fahrer den Wagen nicht mehr zum Stehen bringen konnte, gab er Vollgas, um wenigstens mit dem Postkraftwagen über die Schienen zu kommen, um nicht selbst überfahren zu werden. Die Maschine fuhr infolgedessen auf den Hänger des Autos auf, der zerstürmt wurde. Auch ein West der Fernprechleitung wurde dabei umgeworfen. Die Volomotive wurde leicht beschädigt. Personen wurden nicht verletzt. Die Feuerwehr hatte längere Zeit mit den Aufräumungsarbeiten zu tun.

b. Uralt Riesenelchen in der Elbe. Seit langem hat man beobachtet, daß auf dem Sand- und Schlemmgrunde der Elbe uralt Eichenstämmestromabwärts schwimmen, die im Sommer vom Wasser, im Winter vom Eis getrieben werden. Die Eichenstämme haben teilweise einen Durchmesser von über zwei Metern bei einer Länge von über 20 Meter. Natürlich bilden diese Eichenbäume für die gesamte Elbschifffahrt eine große Gefahr. Die Reichswasserstraßenverwaltung lädt daher jetzt die Elbe nach derartigen Stämmen abzufischen. Zu diesem Zweck ist eine ganze Flottille an der Arbeit. Die Riesenbäume werden am Ufer ausgeschwemmt und sollen später zerstört und als Brennholz verkauft werden.

d. Wunderbare Rettung. Als der Zugmaschinenführer Schulte im Stadtteil Weida (Riesa) mit seiner schweren Zugmaschine und einem mit etwa 100 Zentner Sand beladenen Anhänger den Heideberg hinunterfuhr, brach plötzlich die Kette des Wagens. Dem Maschinenführer war es auf der abschüssigen Straße nun nicht möglich, seinen Transportzug zum Anhalten zu bringen. Um nicht in eine Menschenmenge hineinzufahren, lenkte Sch. seine Maschine in den Straßenkreis, wo sich das schwere Fahrzeug überschlug und den Chauffeur unter sich begrub. Den erschrockenen sofort herbeigeeilten Zuschauern, die den Verunglücksen tot glaubten, gelang es, den Mann unter der Maschine hervorzuziehen. Nachdem dieser seinen Schreckzustand überwunden hatte, stand er auf. Er hatte rücksichtsloserweise nur unerhebliche Verletzungen erlitten.

Gedächtnisfeier

Für Henriette Sonntag

Der Zittauer Gesichts- und Museumsverein hat am Sonntag einen Studienausflug nach Marienthal unternommen, um dort eine Gedächtnisfeier für die eink vielgefeierte Henriette Sonntag, deren austüchtiges Lebensbild wie in der leichten Sonnlognummer brachten, zu halten. Darüber wird und aus Aitzen berichtet:

Die Teilnehmer der Studienfahrt besuchten zunächst unter fachkundiger Führung die St. Michaeliskapelle, wo Direktor i. R. Dr. Taute das Wort zu einer ebenso feierlichen als inhaltsreichen Gedächtnisansprache ergriff. Mit liebevoller Hingabe zeichnete er ein umfassendes Bild vom dem persönlichen und künstlerischen Werdegang der vergötterten Diva, die als fünfjähriges Kind erstmals und erfolgreich die Bühne betrat, als Fünfzehnjährige bereits debutiert und allabso zu gefeierten Primadonna wurde. Der Redner schließt in passenden Worten die Triumphreise der Künstlerin in Prag, Wien, Leipzig, Berlin, Wiedeutschland und London, sprach anziehend über ihre persönlichen Beziehungen zu den großen Zeitgenossen Goethe, Carl Maria von Weber, Beethoven, Karl v. Holtei, Caroline Bauer, Sophie Kellstädt, Rossini, Ludwig Börne, Wilhelm Hauff und Walter Scott und ging zu der Zeit über, in der ihre Schönheitstätigkeit infolge des Verheißen mit dem sächsischen Grafen Rossi eine zwanzigjährige Unterbrechung erfuhr. Zum Schlus behandelte der Vortragende die letzten Bühnenerfolge und das tragische Ende der Künstlerin, deren Gedanken die Bautzner Helmstfreunde zu Sehnen berechtigt seien. — Am Anschluß an die Gedächtnisansprache besuchten die Teilnehmer in kleinen Gruppen die unter der Kapelle liegende Gruft, in denen einzige Witze die Sarge der Sängerin und des Grafen Rossi stehen. Außerdem befindet sich in dem Raum der Grabstätte der auf dem Klosterfriedhof ruhenden Schwester Anna Sonntag.

Am Montagabend fand in Marienthal eine öffentliche Feier zum Gedächtnis an Henriette Sonntag statt. Es war ein überaus stimmungsvoller Abend. Zugüber hatte es geregnet. Alles war erstaunt. Der Klosterhof lag im dichten Frühlingsblumen. Wer trock der Feierabend noch reges Leben. Menschen strömten in langem Zug zum Klosterhof herein. Ihr Ziel ist die Michaeliskapelle, die sich in langer Zeit füllt. Feuerwehrleute müssen weiterem

275 Jahre Dresdner Kaufmannschaft

75 Jahre Handelslehranstalt — Die Jubiläeter

Dresden, 21. Juni.

Das Jahr 1929 ist für die Dresdner Kaufmannschaft in zweifacher Beziehung ein Jubeljahr. Es ist die Kaufmannschaft selbst, die in der Geschichte ihrer Entwicklung an einem Jubeljahr angelangt ist, und es ist außerdem ihre Schöpfung, die Handelslehranstalt, deren Werdegang ebenfalls zu einem Jubeljahr geführt hat. Allerdings, der Unterschied zwischen den beiden Jubiläen ist groß. Die Kaufmannschaft feiert das Fest ihres 75jährigen Bestehens, die Handelslehranstalt blickt auf ein Leben von 75 Jahren zurück. Was die Handelslehranstalt heute vorstellt, ist sie unter der Pflege und Obhut der Kaufmannschaft geworden.

Die Jubiläeter der Handelslehranstalt begann am Mittwoch mit einem Begrüßungsabend im großen Saal der Dresdner Kaufmannschaft; zu ihm hatten geladen die Vereinigung ehemaliger höherer Handelschüler zu Dresden und die Vereinigung ehemaliger Schüler der Deutschen Höheren Handelslehranstalt der Dresdner Kaufmannschaft. Hugo Tümmel, der Vorsitzende der ehemaligen Vereinigung, begrüßte die Versammlung mit herzlichen Worten. Im Laufe des Abends nahm der Leiter der Schule, Prof. Dr. Thümmler, das Wort, um seinem Gefühl des Dankes und der Freude Ausdruck zu geben, daß die ehemaligen Schüler in so zärtlicher Zahl erschienen sind. Er deutete dies als das bereite Zeugnis der Liebe, Treue und Anhänglichkeit zur Schule. Der erste Vorsitzende der zweiten Vereinigung Scheiner dankte der Schule, die die ersten Eindrücke des kaufmännischen Lebens der strebenden Jugend vermittelte. Im Namen der Vereinigung ehemaliger höherer Handelschüler überreichte deren dritter Vorsitzender Elsner der Dresdner Kaufmannschaft und der Handelschule je ein Rahmenband; er brachte dabei zum Ausdruck, daß Alter und Jugend im deutschen Vaterlande zusammenstehen müßten, wenn dieses wieder einer Aufwärtsentwicklung entgegengesetzt werden sollte.

Der Festaktus

wurde mit dem Krönungsmarsch aus den Fackeln, gespielt vom Schülorchester unter Leitung von Studienrat Gabler, eingeleitet. Dann sprach Generalkonf. Konzernrat Wiltzsch: Die wirtschaftliche Not habe die Kaufmannschaft davon Abstand nehmen lassen, diesen Jubelstag durch besondere Feier zu begehen. Eines Ereignisses aus der Geschichte der Kaufmannschaft aber sollte doch gedacht werden, der Errichtung der Handelslehranstalt. Vor 75 Jahren wurde sie durch die Vorgängerin der Dresdner Kaufmannschaft, die „Handels- und Krämer-Innung“, gegründet, aus dem Gedanken heraus, dem Kaufmannslande tüchtige Lehrlinge und einen

b. Helm Baden ertrunken. Vorgestern nachmittag ertrank ein junger Mann, der die Fahrradreise durchschwommen wollte, etwa 20 Meter vom Ufer entfernt. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Leipzig und Umgebung

Zur Bekämpfung der Versailler Kriegsschuldlüge

Leipzig, 21. Juni.

Wie in vielen anderen Städten Deutschlands, soll auch in Leipzig anlässlich der 10jährigen Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Versailler Vertrages eine große Volkslagerung stattfinden, die in erster Linie einen Protest gegen die Lage von der deutschen Schulden am Weltkrieg darstellen soll. Zu diesem Zweck haben sich zahlreiche Organisationen, Verbände, Parteien und Vereine zu einer parteilos neutralen Arbeitsgemeinschaft zusammengetragen, die sich in erster Linie die Bekämpfung des bekannten Schuldenproblems zur Aufgabe macht.

Berwilderung der Zahlungssitzen

Leipzig, 21. Juni. Die Industrie- und Handelskammer Leipzig schreibt uns: Manigfache Bedrohungen lösen leider erkennen, daß die schwierige Wirtschaftslage teilweise zu einer gefährlichen Lodierung der Zahlungssitzen geführt hat, die mit dem alten Ruf deutscher kaufmännischer Vertragstreue nicht

zu vereinbaren ist. Überschreitung der vertraglich vereinbarten Zahlungsziele, unberechtigte Skontoabzüge, ungültige Abrundung der Rechnungsbeläge u. a. sind bedauerliche Ergebnisse der wirtschaftlichen Krise, die hierdurch umso schärfer und drückender wird. Jeder Kaufmann, der Anspruch auf einwandfreie Geschäftsführung erhebt, muß gerade in Zeiten wie gegenwärtig durch strengste Erfüllung eingespannter vertraglicher Verpflichtungen auf Ordnung und Sicherheit im Geschäftsleben halten. Die Industrie- und Handelskammer Leipzig fühlt sich daher verpflichtet, mit Nachdruck auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die ein Umstieg gegenläufiger Vertragserfüllung für die in hartem Kampf befindliche Wirtschaft hat.

) Ausritt aus der KPD-Opposition. An der Mittwoch-Stadtverordnetenversammlung erklärte der frühere kommunistische Stadtrat verordnete Häfner, der neuerlich der kommunistischen Opposition anhörte, er trete zur Sozialdemokratie zurück. Der Grund seiner Trennung von der KPD-Opposition sei, daß er gleich Einsicht in ein einflussloses Unternehmen aufhebe und daß er glaubte, der Wiedereintritt der Dresdner Kaufmannschaft und dem Stadtrat der Dresdner Kaufmannschaft für seine nimmermüde Fürsorge. Mit einer Mahnung an die Schüler, die vorzüglichen Bildungsgelegenheiten der Schule gewissenhaft auszuwerten, schloß der Redner.

zu vereinbaren ist. Überschreitung der vertraglich vereinbarten Zahlungsziele, unberechtigte Skontoabzüge, ungültige Abrundung der Rechnungsbeläge u. a. sind bedauerliche Ergebnisse der wirtschaftlichen Krise, die hierdurch umso schärfer und drückender wird. Jeder Kaufmann, der Anspruch auf einwandfreie Geschäftsführung erhebt, muß gerade in Zeiten wie gegenwärtig durch strengste Erfüllung eingespannter vertraglicher Verpflichtungen auf Ordnung und Sicherheit im Geschäftsleben halten. Die Industrie- und Handelskammer Leipzig fühlt sich daher verpflichtet, mit Nachdruck auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die ein Umstieg gegenläufiger Vertragserfüllung für die in hartem Kampf befindliche Wirtschaft hat.

) Starke Hitze in Leipzig. Am Donnerstag zwischen 15 und 16 Uhr sind in Leipzig bis 30 Grad Celsius im Schatten gemessen worden. Schon am Morgen um 8 Uhr wurden 21,5 Grad im Schatten festgestellt.

) Sturz vom Panzerföhrt. Donnerstag vormittag stürzte auf einem Bauwerk im Vorort Wiederauheit ein 19 Jahre alter Arbeiter vom dritten Stockwerk in die Tiefe. Er erlitt einen Brüderzäulenbruch, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

d) Johannisblumen. Hunderte müssen vor der Kapelle aufgestellt nehmen. Leider! Man hätte allen gern den Auftritt gegönnt. Das Innere des Gotteshauses ist summungsvoll geschmückt. Grüne Blätter an den Wänden, brennende Kerzen auf den Altären und am Eingange zur Kanzlei. Elektrisches Licht übergleicht in mäßiger Sicht die horrende Menge. Da, auf einmal Liebsterlang! „Sie machen wir wie Geisterhauch“ in der wunderbaren Vertonung von G. v. Weber, vom Gemischten Chorgesangverein Ostpreuß unter der künstlerischen Leitung des Herren Artur Heinrich zart und innig gesungen, leitet die Feier pochvoll ein. Anschließend die Gedächtnisrede des Herrn Dr. Taute-Dresden. Er übermittelte einleitend die Grüße des hochwürdigsten Herrn Bischofs Dr. Schreiber, der sein Gedanken ausdrückt, infolge einer ihm ärztlicherweise verordneten Kur an der Erholung der großen Sängerin nicht teilnehmen zu können. Der Redner beantragte u. a. die Frage: „Was führt uns am 75. Todestag Henriette Sonnags an ihrer Gruft?“ Dreißig Gründe führt er als Antwort an: Hohe Bewunderung vor ihrer unvergleichlichen Kunst; tiefe Ergriffenheit vor ihrem tragischen Schicksal und innere Verbundenheit mit der stillen Schöpferin in unserer heimischen Erde.

Ein dreistimmiger Frauenchor, Ave Maria von Witterer, von den geistlichen Jungfrauen des Klosters gesungen, wirkte wie ein Sang aus der Höhe auf die endächtig lauschende Gemeinde. Darauf sang Herr Dr. Taute den Kanon aus seinem Reale, den einst der Großherzog Georg von Mecklenburg-Strelitz der großen Sängerin gewidmet hatte, einen Vortragskonzert. Das Lied „Streut die Blumen“ aus dem Oratorium „Samson“ von Händel, ebenfalls von dem genannten Verein gesungen, schloß die Gedächtnisfeier ein.

e) Feierliches Requiem. das am folgenden Tage in der Michaeliskapelle für die Seelenruhe der Verstorbenen gebeten wurde, war wieder von einer großen Zahl Andächtiger besucht.

Die Kirche, die an den Gedachten durch Kerzen und Lampen freundlich erleuchtet und mit Blumen und Blattplatten geschmückt war, wurde von Hunderten besucht.

f) Leipziger Sender

Sonnabend, den 22. Juni:

11.00 Uhr: Anlässlich der 150-Jahrfeier des National-Theaters in Mannheim Übertragung des Festaktes im Ritteraal des Schlosses Mannheim. Vortrag: Generalintendant Prof. Leopold Jähnert, Berlin.

12.00 Uhr: Schallplattenkonzert.

13.45 Uhr: Glückwunschlauf.

14.00 Uhr: Funkwerbenachrichten.

14.45 Uhr: Schallplattenkonzert.

15.00–15.30 Uhr: Pauselstunde für die Jugend.

16.00 Uhr: Brechtische Reclinhause.

16.30 Uhr: Kurkonzert Bad Dürrenberg a. d. S. Stadt. Orchester: Weinenhels a. d. S. Dirigent: Mußbärdt, Berlin.

18.00 Uhr: Funkwerbenachrichten.

18.05 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangabe.

18.30 Uhr: Vektor Claude Gaudier, G. v. Escher: Französisch für Ansänger. (Deutsche Welle, Berlin.)

18.55 Uhr: Arbeitsnachrichten.

19.00 Uhr: Das Erwachen der Frauen. Werner Böller.

19.50 Uhr: Zum 70. Geburtstag Heinrich Schützen.

20.15 Uhr: Lustiger Abend.

22.00 Uhr: Zeitangabe. Wettervorhersage. Pressebericht, Bekanntgabe des Sonntagsprogramms und Sportfunk.

Anschließend bis 00.30 Uhr: Tanzmusik.

Handels- u. Wirtschafts-Zeitung

Eine Großbank-Stimme über den Young-Plan

Skeptische Beurteilung durch die Disconto-Gesellschaft.

In sehr klar aufgebauten und sachlich-kritischen Ausführungen nimmt die Direktion der Disconto-Gesellschaft, Berlin, in ihrem neuesten Wirtschaftsbericht Stellung zum Young-Plan. Wir entnehmen den Ausführungen folgende Feststellungen:

Es war einer der wichtigsten Erkenntnisse und Fortschritte des Dawes-Planes gewesen, wenn in ihm zum erstenmal völlig klargestellt wurde, daß Deutschland nur aus wirklichen Überschüssen seiner Wirtschaftszahlungen an das Ausland leisten könnte. Wir müssen unsere Entschließungen nicht nur auf wirtschaftliche, sondern in gewissem Umfange auch auf politische Erwägungen gründen. Man wird gut tun, bei jeder wirtschaftlichen Kritik des Young-Planes sich dieser wichtigen Einschränkung zu erinnern, wie überhaupt sich vor Augen zu halten, daß das Problem der deutschen Kriegsentschädigung trotz aller wirtschaftlichen Bedeutung und Wirkungen stets ein hochpolitisches bleibt.

Die Sachverständigen glauben mit Sicherheit, mit einer fortwährenden Steigerung des deutschen Wohlstandes rechnen zu können, die sich nicht nur aus dem wachsenden Volksvermögen des eigenen Landes, sondern auch aus dem ständigen Fortschritt des allgemeinen Wohlstandes der Welt ergeben würde. Sie haben dieser Zunahme des Wohlstandes Deutschlands durch eine allmähliche Steigerung der Annuitäten Rechnung tragen wollen. Richtiger wäre es gewesen, die augenblickliche Schwäche Deutschlands zu betonen und aus ihr die Notwendigkeit abzuleiten, die unmittelbar bevorstehenden Jahre weit niedriger zu belasten als die fernere Zukunft. In dem Zahlungsplan ist diese anfängliche Schonung Deutschlands in die Form gekleidet, daß die Annuitäten mit 1700 Mill. Rm. beginnen und erst nach Ablauf des ersten Jahrzehnts die 2 Milliarden-Grenze überschreiten. Die Sachverständigen sind der Ansicht, mit dieser Staffelung die Schwierigkeiten der inneren Aufbringung für Deutschland außerordentlich gemildert zu haben. Nach ihrer Auffassung setzen die Zahlungen auf einer Höhe ein, bei der sich im Vergleich zu der jetzigen Dawesbelastung für den deutschen Haushalt, die deutsche Währung und das Bedürfnis Deutschlands nach eigener Kapitalbildung bedeutende Erleichterungen ergeben. Sie sehen darin auch eine weitgehende Sicherheit dafür, daß das neue System von Anfang an ohne Reibung und Störung arbeiten werde.

Gerade wenn man das Problem der inneren Aufbringung als ein solches des Ausgleichs der deutschen Kapitalbilanz ansieht, wird man diesen Optimismus nicht teilen können. Für ein Land, das sich infolge seiner unzulänglichen Kapitalausstattung in derartigem Umfange zur Kapitaleinfuhr gezwungen sieht, bedeutet die Verminderung des jährlichen Kapitalverlustes von 2,5 auf 1,8 Milliarden Rm. nicht allzuviel. Das schließt nicht aus, jede weniger zu zahlende Million als einen überaus erwünschten Gewinn zu betrachten und den mit der Entlastung von 700 Mill. erreichten Fortschritt als solchen hoch anzuerkennen. An dem Maß unserer Kapitalnot gemessen, bleibt die Entlastung unzulänglich. — Die sonstigen Bestimmungen des neuen Plans bringen zunächst keine Erleichterung für die Aufbringung der verlangten Zahlungen. Der Wegfall der Kontrolle über die Reichsfinanzen, die Wiederherstellung der Unabhängigkeit von Reichsbank und Reichsbahn sind politisch hoherfreudliche Tatsachen, eine materielle Hilfe bedeuten sie nicht. Wie weit eine solche aus der Tätigkeit der internationalen Bank entspringen wird, etwa im Wege einer Förderung des deutschen Exportes oder einer Erleichterung unserer Kreditlage, läßt sich noch nicht übersehen. Alles in allem kann die eintretende Entlastung nicht darüber wegtäuschen, daß eine schwedruckende Bürde übrig bleibt, die vor allem die Beseitigung der deutschen Kapitalnot nicht zulassen wird.

Der Reichshaushalt 1928

Das endgültige Ergebnis.

Nach dem soeben veröffentlichten Ausweis über die Reichseinnahmen und Ausgaben im Rechnungsjahr 1928 haben die tatsächlichen Einnahmen des ordentlichen Haushalts den Vorschlag um rund 555 Millionen überschritten. Die Einnahmen an Steuern, Zöllen und Abgaben erreichten 9,02 Milliarden Mark, während der Gesamtanschlag nur auf 8,86 Milliarden Mark lastete. Die Ausgaben blieben mit 10,23 Milliarden Rm. sogar noch um rund 10 Millionen Mark unter dem Vorschlag, obwohl der Posten Versorgung und Ruhegehrte einschließlich der Kriegsbeschädigtenrenten um 72 Millionen stärker Lasten aufwies.

Sehr viel ungünstiger ist das Bild des außerordentlichen Etats, der um 904 Millionen Rm. größeres Ausgaben als vorgesehen verzeichnet. Allerdings steckt in dieser Ziffer bereits ein vorjähriges Defizit von 465 Millionen Mark. Bemerkenswert ist das Ansteigen

der Ausgaben für Stützung der Reichsanleihe etc., das allein ca. 100 Millionen ausmacht. Ausschlaggebend war für die Ausgabenseite natürlich das Darlehen für die Arbeitslosenversicherung, das Ende März d. J. bereits 259,8 Millionen Rm. erreichte. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß für Wohnungs- und Siedlungswesen statt der vorgesehenen 105 Millionen Rm. nur 64,3 Millionen Rm. ausgegeben wurden. Auf der Einnahmenseite weist der außerordentliche Etat nur den Eingang von 216,8 Millionen Rm. auf, während man auf 870,4 Millionen Rm. gerechnet hatte, allerdings gründeten sich diese Erwartungen zum allergrößten Teil auf die Hoffnung, daß man länger fristige Schätzweisen und Schuldseindarlehen in Höhe von 723,6 Millionen Rm. ausgeben könnte, während man nur für 100,5 Millionen Rm. untergebracht hat. Die schwabende Schuld betrug am Ende des Etatjahres 990,0 Mill. Rm., während die gesamte Reichsschuld auf 7,94 Milliarden Rm. angewachsen ist.

Holländisches Kapital für deutschen Straßenbau?

Zwecks Finanzierung des Baues von Asphaltstraßen im Ausland ist, wie uns gemeldet wird, in Amsterdam die N. V. Financiering Maatschappij voor Buitenlandschen Wegenbau gegründet worden. Beteiligt sind an der Gründung die Niederländische Handel Maatschappij, die Firma Mendelsohn & Co. in Amsterdam, die Rhodus Koenigs Handelmaatschappij in Amsterdam und die Londoner Bankfirma Higginson & Co., die bekanntlich eine Tochtergesellschaft des gleichnamigen amerikanischen Bankhauses ist. Das Aktienkapital der Finanzierungsgesellschaft beträgt 5,05 Mill. Gulden, wovon bei der Gründung 1,05 Mill. übernommen und voll eingezahlt worden sind.

In diesem Zusammenhang sei an das längst erwähnte Auslandsanleiheprojekt für den Straßenbau in Deutschland erinnert. An der Aufbringung der in diesem Projekt vorgesehenen Auslandsanleihen sollte bekanntlich neben anderen amerikanischen Banken auch die Firma Lee Higginson & Co. mitwirken, die sich nunmehr durch ihre Londoner Tochtergesellschaft an der Gründung des holländischen Finanzierungsinstituts beteiligt hat.

Der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt

Die Landwirtschaft nimmt — nach früheren Schätzungen des Institutes für Konjunkturforschung — jährlich für etwa 4 Mrd. Rm. Industriegerüsse auf (je etwa zur Hälfte Produktionsmittel und Konsumgüter). Dieser Teil des Industrieabsatzes, der von den Kräften der Industriekonjunktur verhältnismäßig wenig berührt wird, gewinnt bei der gegenwärtigen depressiven Lage der Industrie wirtschaft an Bedeutung. Auch auf dem Arbeitsmarkt tritt gegenwärtig die Landwirtschaft besonders stark hervor. Während sich nämlich die saisonal mögliche Zunahme der industriellen Beschäftigung ihrem Höhepunkt nähert, nimmt die Landwirtschaft auch weiterhin noch Arbeitskräfte in verhältnismäßig großem Umfang auf.

Diese Entwicklung der Arbeitsmarktlage in den überwiegend agrarischen Gebieten weicht ganz wesentlich von der Entwicklung zum Monatsschlupf eine Zunahme des Beschäftigungsgrades in flottem Tempo, da die landwirtschaftlichen Bestellungsarbeiten in diesem Jahre später erfolgen als in früheren Jahren. Das Konjunkturinstitut rechnet auch in den nächsten Monaten bis zum Höhepunkt der Erntearbeiten mit einem zunehmenden Arbeitsbedarf der Landwirtschaft, und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit der agrarischen Gebiete auf ein Minimum.

Berliner Produkten-Börse

Berlin, 20. Juni. (Eigener Bericht.) Die Gerüchte über den Fortgang der Beratungen der sogenannten Sachverständigenkommission verwirren das Getreidegeschäft so vollständig, daß man allermeist nur bemüht bleibt laufende Engagements zu erledigen, und sich von neuen Nachlässen allermeist zurückhält. Beim Weizen war die Festigkeit Amerikas, für welche die angegebenen Gerüchte wenig plausibel waren, mit ausschlaggebend für die Steigerung der Strohpreise, während für Juliweizen die Zurückhaltung der erhältlichen Verkäufer die Deckungsfrage vermehrt. Im Anschluß an Amerika waren auch die argentinischen Forderungen erhöht. Beim Roggen erstreckte sich die Preisseiterung noch mehr als beim Weizen auf September, der zeitweise bis 5 M. anstieg, während Juli nur etwa 1 M. gewann. Vom Inlande ist das Angebot im Durchschnitt auch heute nicht groß gewesen, doch zeigte sich besonders von Hinterpommern etwas mehr Material. Hafer blieb stetig. Angebot aus der Provinz ist vorhanden, Forderungen sind aber unnachgiebig; Lieferung fest. Im Mehlgeschäft war mehr Umsatz, doch waren höhere Preise nur schwer durchzusetzen.

Kostliche Preissnotierungen. Berlin 20. 6. 1928

Preise in Goldm.	Für Getreide u. Getreidearten p. 100 kg, sonst p. 100 kg ab Station
Weizen, mark.	24,5—25,5
Roggen, mark.	19,5—20,5
Gerste	—
Brangerde	17,5—18,5
Pumpergerde	—
Wintergerste	—
Hafer, mark.	17,5—18,5
Mais Long Berlin	—
Weizenstroh fr. Berl.	24,75—25,50
Roggengroß fr. Berl.	25,00—27,75
Weizengroß fr. Berl.	24,50—24,75
Roggenkleie	18,50—19,50
Raps	18,00—18,50
Leinsaat	16,50—17,50

Tendenz: Weizen, Roggen fest — Gerste ruhig — Hafer fest — Weizen mehr ruhig — Roggenstroh behauptet — Weizengroß, Roggenkleie ruhig.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:

Weizen: Juli 22,5—22,7 u. Geld — September 24,00—24,20.

Roggen: Juli 20,5—20,7 — September 21,5—21,7.

Hafer: Juli 19,0 — September 20,5—20,7.

Getreide und Vieh in Chicago 20. 6. 19. 6.

Weizen	20. 6.	19. 6.
für Juli	111,75—112	109,00—109 1/2
für September	116 1/2—116,75	113,75
für Dezember	121,25—121 1/2	118 1/2—118 1/2
Maize		
für Juli	92 1/2	92 1/2
für September	93 1/2	92,50
für Dezember	89,50	88 1/2
Hafer		
für Juli	44 1/2	44 1/2
für September	43 1/2	43 1/2
für Dezember	46 1/2	46
Roggen		
für Juli	86 1/2	84,25
für September	87,75	87,50
für Dezember	94 1/2	92
Schmalz		
für Juli	11,77,50	11,75
für September	12,10	12,10
für Oktober	12,25	12,25,50
für Dezember	12,25	12,25
Rippen		
für Juli	13,25	13,25
für September	13,60	13,55
für Dezember	—	—
Speck		
Leichte Schweine niedrigster Preis	13,50	13,50
do. höchster Preis	10,50	10,80
Schwere Schweine niedrigster Preis	11,30	11,50
do. höchster Preis	10,40	10,70
	11.—	10,25

Von Pfandbriefen wurden noch folgende Serien notiert: 4 Proz. Landw. Kreitbriefe Serie 33 6,75 G. Ser. 34 6 G. Ser. 35 3,75 Br. Ser. 36 4,5 Br. — Ser. 37 2,5 G. Ser. 38 2,5 G. Ser. 39 1,6 G. Serie 40 1,6 G. Serie 41 0,5 G. Serie 42 0,4 G. Ser. 43 0,1 G. 4 Proz. Landw. Kreditbriefe Serie 20 11,1 G. 3,5 Proz. dgl. Ser. 23 und 25 11,1 G.

Junge Aktien: Vereinigte Strohsaff 25% Einz. 200,5 bis 210. Zwickauer Kammgarn 160. Feiskorn 152,25. Polyphon 425. Mimosa 261. Brockwitz 105. M. Teichert 116. Sachsenwerk 101.

Nichtamtliche Werte: Bautzner Stanz- und Emailierwerk 10. Frenzel & Lein 44. Goldbach 49. Görlitzer Waaren Stamm 50. Görlitzer Waaren Vorzug 74,50. Mühlrich, C. T. 62,50. Hutschneiderei Lorenz —. Janke & Co. 30. Münkner & Co. 28. Phoenixmen 56,50. Societätsbrauerei Zittau 180. Windschilde & Langelott 38,75. Weißthaler 70. Wold. Schmidt 38,5. Grumbach 10. Nowack 55.

Devisen-Kurse der Börse zu Berlin (in R.M.)

	20. 6.	19. 6.	20. 6.	19. 6.
Buenos Aires	1,781	1,755	1,740	1,753
Canada	4,154	4,152	4,152	4,15
Japan	3,140	3,08	3,043	3,047
Stambul	2,02	2,02	2,018	2,022
London	20,307	20,347	20,322	20,342
New York	4,188	4,195	4,187	4,195
Rio de Janeiro	0,460	0,460	0,460	0,460
Amsterdam	1,691	1,681	1,681	1,681
Athen	5,415	5,425	5,425	5,425
Brisbane	88,13	88,28	88,28	88,28
Oslo	111,50	111,61	111,66	111,75
Danzig	81,18	81,24	81,24	81,30
Brisingsford	10,527	10,547	10,523	10,543
Italien	21,91	21,95	21,915	21,955
Jugoslawien	7,257	7,271	7,261	7,258
Kopenhagen	111,68	111,77	111,83	111,78
Lissabon	18,78	18,79	18,73	18,77
Paris	10,38	10,42	10,375	10,425
Prag	12,404	12,424	12,398	12,415
Schweiz	80,89	80,88	80,828	80,868
Sofia	0,027	2,023	2,027	2,023
Szczecin	80,26	80,21	80,18	80,24
Stockholm	112,15	112,15	112,15	112,15
Budapest	72,00	7		

Vor der Heuernte

Die Tiere rauscht schon die Sente durch das hohe Gras. In gleichmäßigen Schritten fallen die Hälme. Als höchste haben sich die des Knäuelgrases heraus, deren Nährchen halbherum sich an den langen Stielen zuwenden. Wenig an Länge steht ihm der Kuchschwanzen nach, dessen zuckerpuerzähnige Scheinfühner sind mit den braunen Staubgefäßen bedeckt. Seine Verbeschafft mit ihm kann leicht das Kirschgras werden, dessen walzenförmige Scheinfühner aber noch etwas stumpfer als die des Knäuelgrases sind. Wiesenstrengspelze mit kleinen, Wiesenflügel mit größeren Nährchen sind löscher gebaut. Ihr Blütenstand flattert breit ausseitander. Auf trockenen Stellen treten die schon frisch blühende Trespe und das sarte Zittergras auf, deren Nutzenwert aber nur gering anzuschlagen ist. Der engenblütige Heuerich wird in der Hauptrichtung von dem Kuchgras hervorgerufen, das zur Zeit des Schnittes schon verblüht ist und dessen dünne Hälme wenig Nährwert haben. Verschiedene Ranghäuser und Haferarten vervollständigen das Bild der Wiese. In Gegenden mit intensiver landwirtschaftlicher Kultur wird man nur wenig bunte Blumen in dem grünen Teppich finden. Freilich muß dann auch der Boden entsprechend günstig geartet sein. Solche Grasläden weist z.B. die Sommerlicher Pflege auf. Auf besonders nassen oder auch recht trockenen Böden dagegen lassen sich die Wiesenblumen nicht unterdrücken. Auch je höher die Wiesen liegen, umso häufiger werden sie von Blumen durchzogen. Jeder freut sich über das Blau oder Rotviolett der Gladiolenblumen, die etwas stumpfere Farbe der Witwenblume oder Knautie, die einer kleinen Äste nicht ganz unähnlich sieht, von ganz ungelenkem Verlauf wohl auch mit der Kornblume verwechselt wird, obwohl sie mit der gern in Gärten gezogenen Schafrose verwechselt ist. Die weißlichen Sternblüten der Wucherblumen oder Margeriten beleben das Bild ganz besonders. Die trübblaue Jaunwurz hält sich mit ihren Blütenköpfen an den Grasholmen fest. Fast alle Wiesenblumen aber übertragen die rote Fülleralthe der Kuckucksblüte, die von vielen für die Pechvögel gehalten wird, aber außer manchen anderen schon durch das Gehirn des Küklingens von dieser sich unterscheidet.

Die schönsten und buntesten Wiesen finden wir im Hochgebirge, wo ein niedriger Grasbüschel und eine andere Bestreuung die Entwicklung besondere Formen und Farben, noch dazu in größerer Menge, gestalten.

Immerhin besteht auch Sachsen schon Wiesen, die sich auffällig von den artenreichen Talwiesen unterscheiden. Wenn auch die Einziane der Hochgebirgsweisen fehlen, so wird ihr Blau erfreut durch die Köpfe der hügeligen Teufelskralle (Phototoma orbicularis), die freilich nur die Wiesen des Ergebings von etwa 450 Meter an bestellt. Wo sie fehlen, sind wir mit dem Blau des niedlichen Kreuzblümchens (Polygala vulgaris) zufrieden, das allgemein verbreitet ist.

Einen besonderen Schmuck bilden die verschiedenen Orchideen. Schön auf feuchten Wiesen der Ebene konnte man in den vergangenen Monaten das Knabenkraut sehen (Orchis mascula), das meist als Knabenblume bezeichnet wird. Jetzt sind die dunkelpurpurinen Blüten schon verblüht. Eine hellere Orchidee mit dunkler gefüllten Blütenblättern, vielleicht hier und da als helle Kuckucksblume bezeichnet, hat vor allem in höheren Lagen — sie abgestorben. Auch noch manch andere Form unter den Orchideen zeigt sich. Wer mit offenen Augen wandert, erlebt an dem Horn- und Farben-Reichtum echte Freude im Naturleben. Aber manchmal möge der Aufsehner: Schon! die Schönheit! Richts wird man einwenden gegen ein kleines Sträuchlein von Gladiolenblumen, Hahnenfuß und Margeriten. Aber unbedingt Schuh verdienen die Orchideen jeder Art, die blauen Teufelskrallen. Sie sind so selten und durch die zunehmende Kultivierung der Wiesen sowie schon bedroht, daß die noch vorhandenen Bestände — übrigens gefährlich geschützte Pflanzen — unbedingt erhalten bleiben müssen.

Kathol. Bischöfe gegen Prohibition

Unter der Überschrift „Die Bischöfe mißbilligen die prohibitionische Propaganda“ brachte kürzlich der „Osservatore Romano“, das amtliche Organ der päpstlichen Kurie in Rom, einen Artikel aus Sydney (Australien).

In diesem Artikel heißt es: „Die in den Vereinigten Staaten von Amerika mit den Gebrauch alkoholischer Getränke gänzlich verbietenden Gesetzen gemachten Erfahrungen haben die Bischöfe von Australien und Neuseeland veranlaßt, ihnen Diözesanangehörigen davon abzuraten, übertriebene Unterdrückungsmaßnahmen gegen den Alkoholgebrauch einzuführen.“

Die australischen Bischöfe sagten dann in ihrer Kundgebung würdig: „Wir erachten es als unsere Pflicht, mitzuwirken an der gesunden Initiative, die darauf hinzieht, das Übel des Alkoholismus zu unterdrücken und die Möglichkeit in unserem Volle zu fördern. Wir haben keine Sympathie für diejenigen, welche keinen Unterschied machen zwischen dem Gebrauch und Missbrauch solcher Getränke, welche den Gebrauch begünstigt Getränke als eine an sich zu mißbilligende Sache betrachten, welche ungeachtet der verhältnismäßigen Nüchternheit des Volles Australiens und Neuseelands dieses Volk als dem Trunk ergeben, erscheinen lassen wollen.“

Keine dauernde Besserung kann erzielt werden, wenn man von falschen Vorstellungen ausgeht, und nichts Gutes kann hervorgehen aus falschen Unschuldigungen und einer schamlosen Sprache. Gewiß hat der Missbrauch des Alkohols in Australien viel Übel angerichtet und richtet solches noch an. Zweifellos ist eine gesetzliche Kontrolle des Alkoholhandels notwendig. Aber wir sind beunruhigt durch die übertriebenen Vorschläge, welche den am Handel mit Alkohol interessierten Personen Unrecht tun, welche ebensowenige Schulen der Heuchelei, der Gesetzesübertretung, der Illegalität und des Betrugs wären. Die Prohibition würde das Volk in eine Menge Dummenheiten stürzen, würde vor die Gerichte den Meineid und die Heuchelei bringen und würde eine Schule des Betrugs für das Volk sein.“

Diese Erklärung ist unterzeichnet vom Apostolischen De-

kanaten und von den Erzbischöfen von Sydney, Wellington, Melbourne, Brisbane, Hobart und Adelaide.

Gleichzeitig hat außerdem Mons. Redwood, der Erzbischof von Wellington auf Neuseeland, einen Hirtenbrief an den Klerus seines Bezirkes gerichtet, in dem er ebenfalls die Propaganda der Prohibition mißbilligt.

Nachdem der Erzbischof die Hoffnung ausgesprochen hat, daß dem Volle die Katastrophe der Prohibition erspart bleibe, nennt er die Prohibitionisten moderne Manicheer, die sich im Gegensatz zu Heiligen Schrift und zur Lehre und zum Beispiel Jesu Christi sehen, welcher persönlich Wein zu seinem ersten Wunder auf der Hochzeit zu Kana gebrachte. Wie ja auch der Wein bei dem heiligen Opfer der Messe eine wesentliche Rolle spielt.

Wenn man die Prohibition verlange auf Grund des Missbrauchs, den einige mit dem Alkohol treiben, dann müsse man logischerweise auch viele andere Dinge, wie z.B. Presse, Theater, Tanz und andere Gewohnheiten verbieten. So etwas sei aber gegen Vernunft und Verstand.

Eine weise, gemäßigte und gebildige Reform auf Grund von Erfahrung, Erziehung und echter Moral liege im Interesse der Allgemeinheit, und ganz besonders der mächtigen Personen, die den größten Teil der Bevölkerung bilden.

Der Erzbischof nennt dann die Vorschläge der Prohibitionisten einen Rückschritt, eine oblige Form einer inquisitorischen Tyrannie und sagt, Amerika zeige, daß die Prohibition nicht prohobiert. Würde in Neuseeland die Prohibition eingeführt, würde sich das Land in Turm mit Spelunken füllen, welche ebensoviel Schulen der Heuchelei, der Gesetzesübertretung, der Illegalität und des Betrugs wären. Die Prohibition würde das Volk in eine Menge Dummenheiten stürzen, würde vor die Gerichte den Meineid und die Heuchelei bringen und würde eine Schule des Betrugs für das Volk sein.“

R. Bl.

Gründung der Bildtelegraphenverbindung Berlin—Stockholm

Berlin—Stockholm

Am 21. Juni um 21 Uhr wird auf einer Sitzung der Berlin—Stockholm eine öffentliche Bildtelegraphenverbindung zwischen Deutschland und Schweden eröffnet werden. An dem Bilddienst nehmen alle deutschen und schwedischen Post- und Telegraphenanstalten teil. Die Gebühren werden nach Quadratzentimetern Bildfläche berechnet; sie sind sehr niedrig bemessen: 1 Quadratzentimeter kostet 12 Pf., als Mindestgebühr werden 12 Pf. für ein Bildtelegramm erhoben. In der Zeit von 10 bis 8 Uhr ermäßigen sich diese Gebühren um 20%.

Mit Aufnahme des Bildverkehrs mit Schweden wird eine weitere Wache in das europäische Bildnetz eingefügt. Wie die weiteren Bildverbindungen wird auch die Bildverbindung mit Stockholm die Möglichkeit bieten, über die bildtelegraphisch verbundene Ländern hinaus Bildtelegramme nach jenen europäischen Ländern zu befördern, die noch nicht an das Bildnetz angeschlossen sind, z.B. von Stockholm über die Bildtelegraphenverbindung Stockholm—Berlin nach Niedersachsen. Derartige Bildtelegramme werden von der aufnehmenden Bildstelle auf dem schnellsten Postwege den Empfängern zugeführt. Für diese Sonderleistung wird ein verhältnismäßig geringer Zufluss er-

hoben. Nähtere Auskunft ertheilen die Post- und Telegraphenanstalten.

Neue Konkurse

Meissen: Nach der Handwerksgegenwartshaus Anna Bräuer, Meissen, Amm. 3. August. **Plauen (Vogtl.):** Kaufmann Oskar Hopf, i. Ha. Tüllfabrik Stüchtig, Stüchtig, Amm. 10. Juli. **Reichenbach (Vogtl.):** Fabrikbesitzer Karl Bernhard Alois, Reichenbach, Amm. 1. Juli. **Jöhstadt:** Landwirt und Kolonialwarenhändler Johannes Paul Heeg, Grumbach i. L. Amm. 1. Juli. **Plauen (Vogtl.):** Händlerin mit Strumpf- und Wollwaren Anna Wilder verm. Walter verm. gen. Plecker geb. Mittelstädt, Plauen, Amm. 3. Juli. **Schnait:** Blumenfabrikant Heinrich Ernst Weber, Schnait, Amm. 22. Juni. **Chemnitz:** Strumpfappretur Hermann Grünenstein, Chemnitz-Borna, Amm. 15. August. **Schneeberg:** Möbelhändler Paul Moritz Ziebarth, Schneeberg, Amm. 20. Juni.

Verantwortlich für Politik und Beauftragter: Dr. G. Deeghardt; für Post und Sport: K. John; für Ausländer: H. Zenz, alle in Dresden. Postleitzahl 17. Druck und Verlag: Gertraud H. & G. Billede Prebber.

Summer
Schreiber 6 mal
Monat und für
„St. Boni-Vat.
Kreuz“, Bergisch
Gau, Bonn,
Postnummer 1
Düsseldorf

1
Wochenschau
der Zeitungen
2703. Düsseldorf

De

Als Mensch
Gesetz in
Papstes die
wieder auf
veröffentlicht
die katholische
Ihre geistliche
enthält die
Verleihung d
Post Treu
Conception,
Gos zu 20

Nach d
Frage wer
Untericht i

Die No
noch viel zu
getroffenen
Abkommen
bedarf, darf
sein, daß d
Zustimmung
widerspricht
men statlic
hört.

Nach e
nißliche Post
erst fühlbar
von dieser S
Norm ein T
schließlich ne
find dann in
tes Gil u
worden. Vo

Di

Stre

Ja den
Durchführung
durch eine E
minister Dr.
Debitate Stell
Mabriter Reit
mit sich brac
Hall, nach de
greifen kann.
Dr. Hilsdri
formulierte G
angleich noch

Zu der
genom hat, i
während Am
ten Reie üb
Die Regie
einer gema
Hilsdri

Räum

Der A
Oberkomman
die Erneuer
General Ba
General Jaco
bewor er die
Ablösung wi
Zeipunkt —



S. B. D. A.

5.10 Uhr Touristenfahrt

8.45 Uhr Sonderfahrt Dampfer „Dresden“ nach Radeberg — ohne Zuschlag
9.30 Uhr Salontafel Dampfer „Meissen“ nach Herrnskretscham und zurück
An Bord Unterhaltungsmusik

10.00 Uhr Motorbootfahrt nach Herrnskretscham und zurück

11.00 Uhr Konzertfahrt Dampfer „Leipzig“ nach Herrnskretscham u. zurück

An Bord der Dampfer erstklassige Bewirtung



Traugott Behr / Chemnitz

Inh. Emil Franz
Zwickauer Straße 44, Eingang Reichstraße

empfiehlt sich den Chemnitzer Haushaltungen zur Lieferung

von Briketts, Kohlen u. Koks unter günstigen Bedingungen

Tel. 30113

Geburtsanzeigen Verlobungsanzeigen Vermählungs- anzeigen Traueranzeigen

sollten

Katholiken

vor allem der

Sächsischen

Volkszeitung

zuweisen.

Tüchtige Vertreter

Überall gefragt von der

Carl Fässerbeck & Sohn

im Bistum Meißen

Dresden, Dörrplatz 21.

Geöffnet

Montag

Freitag

Samstag

Donnerstag

Montag

Freitag

Samstag

Montag

</div